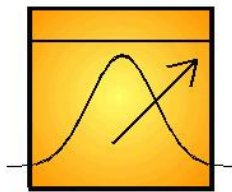


# GOE

GESELLSCHAFT  
FÜR  
ORGANISATION UND ENTSCHEIDUNG

Ritterstraße 19  
D-33602 Bielefeld  
Tel.: 0521 - 8752222  
Fax: 0521 - 8752288  
eMail: goe@goe-bielefeld.de  
www.goe-bielefeld.de



## „Wirkungsorientierte Steuerung“ im Rahmen des Förderkonzeptes KOMM IN-NRW

Bad Salzuflen

### Teil II „Maßnahmen“

Nadine Bals, Margit Mölder-Ruiz, Andreas Kämper

August 2006





# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>EINLEITUNG.....</b>	<b>3</b>
<b>2.</b>	<b>WORKSHOPBEZOGENE MAßNAHMEN .....</b>	<b>4</b>
2.1	MAßNAHMEN IM BEREICH SCHULE/BILDUNG .....	4
2.2	MAßNAHMEN IM BEREICH ARBEIT .....	16
2.3	MAßNAHMEN IM BEREICH WOHNEN .....	23
<b>3.</b>	<b>MAßNAHMEN ZUR ERHÖHUNG/HERSTELLUNG DES GEGENSEITIGEN KULTURELLEN VERSTÄNDNISSES .....</b>	<b>32</b>
3.1	MAßNAHMEN AUS DEN WORKSHOPS ARBEIT UND WOHNEN.....	32
3.2	MAßNAHMEN AUS DEM WORKSHOP PARTIZIPATION .....	35
<b>4.</b>	<b>WORKSHOPÜBERGREIFENDE MAßNAHMEN.....</b>	<b>36</b>
<b>5.</b>	<b>EINSCHÄTZUNG DES PROZESSVERLAUFES .....</b>	<b>39</b>
<b>6.</b>	<b>TABELLARISCHE ZUSAMMENFASSUNG ALLER MAßNAHMEN .....</b>	<b>43</b>
6.1	ÜBERSICHT ZU DEN MAßNAHMEN IM BEREICH SCHULE/BILDUNG .....	44
6.2	ÜBERSICHT ZU DEN MAßNAHMEN IM BEREICH ARBEIT .....	46
6.3	ÜBERSICHT ZU DEN MAßNAHMEN IM BEREICH WOHNEN .....	47
6.4	ÜBERSICHT MAßNAHMEN ZUM LEITZIEL II: „ERHÖHUNG/HERSTELLUNG DES GEGENSEITIGEN KULTURELLEN VERSTÄNDNISSES“ .....	48
<b>7.</b>	<b>ANHANG .....</b>	<b>49</b>
7.1	LEITZIELE UND TEILZIELE .....	50
7.2	LISTE DER TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER DER WORKSHOPS.....	53



# 1. Einleitung

„Ein Land mit nur einer Sprache und nur einer Sitte ist schwach und gebrechlich. Darum ehre die Fremden und hole sie ins Land“ (Stefan I., König von Ungarn - 969-1038). Das Zitat von König Stefan macht deutlich: Zuwanderung ist ein uraltes Phänomen. Die Integration von ZuwanderInnen musste schon immer von Gesellschaften geleistet werden und zeigt sich für die Nachkommen dann häufig nur noch in den inzwischen vertrauten Namen, die irgendwann einmal die Namen von Fremden waren.

Die Integration von Zuwanderern ist ein langfristiger Prozess, der nicht zu Ende ist, solange es Zuwanderung gibt. Er besteht aus der Addition vieler zum Teil kleiner Schritte und Maßnahmen, einer Ansammlung von Mosaiksteinchen, die irgendwann ein Bild ergeben. Für eine gelingende Integration in einer modernen Gesellschaft müssen viele Maßnahmen ergriffen werden und viele Faktoren zusammenspielen.

In einer ersten Phase sind für Bad Salzuflen in den Workshops zu den Themen Schule/Bildung, Arbeit, Wohnen und Partizipation acht Leitziele erarbeitet worden, die der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 8. Februar 2006 beschlossen hat. In einer zweiten Phase von März bis Mai 2006 sind in den vorgenannten Workshops eine Vielzahl von Maßnahmen diskutiert und entwickelt worden, die die Grundlage eines gelingenden Integrationsprozesses bilden können. Zu den Leitzielen wurden insgesamt 50 Teilziele erarbeitet und entsprechend zugeordnet.<sup>1</sup>

Die Teilziele wurden in der zweiten Phase nach einer bestimmten Struktur bearbeitet. Es wurde zunächst diskutiert, ob es in Bad Salzuflen bereits Maßnahmen und Angebote zur Erreichung der Teilziele gibt. War dies der Fall, wurden die Maßnahmen und Angebote hinsichtlich ihrer Qualität und Potenziale zur Zielerreichung bewertet und gegebenenfalls Verbesserungen vorgeschlagen. Wenn den WorkshopteilnehmerInnen keine Maßnahmen oder Angebote bekannt waren, wurden wenn möglich entsprechende Vorschläge für neue Maßnahmen erarbeitet. Bei der Auflistung bestehender Maßnahmen besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit. Obwohl zum Teil mehr Workshops als geplant durchgeführt wurden, konnten nicht für alle Ziele Maßnahmen definiert werden. Dies gilt insbesondere für das Leitziel II „Erhöhung/Herstellung des gegenseitigen kulturellen Verständnisses“.

Die TeilnehmerInnen der Maßnahme-Workshops, bzw. die Organisationen und Institutionen, die sie vertraten, waren bis auf den Workshop „Arbeit“ identisch mit denen der Ziel-Workshops. Der Verein für Schule e.V. und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind Institutionen, die beim Maßnahme-Workshop erstmalig vertreten waren.

Wir haben die Darstellung der Maßnahmen nach **workshopbezogenen Maßnahmen**, das heißt solchen, die auf das Thema der jeweiligen Workshops bezogen sind und nach **workshopübergreifenden Maßnahmen**, die alle Bereiche betreffen, gegliedert.

Wie bereits in der ersten Workshopreihe galt auch in der zweiten Phase folgende Definition einer Person mit Migrationshintergrund als Arbeitsgrundlage: Eine Person mit Migrationshintergrund ist eine Person,

- die selbst
- deren Eltern bzw. ein Elternteil
- oder deren Großeltern bzw. ein Großelternanteil

in die Bundesrepublik Deutschland eingewandert ist.

Vor dem Hintergrund des Arbeitsauftrages beziehen sich alle Maßnahmenvorschläge in erster Linie auf die Situation von MigrantInnen. Dies scheint gerechtfertigt, da die Statistik nach wie vor die strukturelle Benachteiligung von MigrantInnen unter anderem in den Bereichen Schule/Bildung,

---

<sup>1</sup> Die Tabelle der in der ersten Phase entwickelten und zum Teil in der zweiten Phase modifizierten Leit- und Teilziele findet sich im Anhang ab Seite 50.



Arbeit und Wohnen zeigt. Gleichwohl richten sich die Maßnahmen zum Teil auch an deutsche BürgerInnen in benachteiligten Lebenslagen.

Dieser Bericht hätte nicht entstehen können ohne das Engagement vieler Beteiligter. Wir möchten insbesondere dem Integrationsbeauftragten der Stadt Bad Salzuflen, Herrn Hermann, und dem Leiter des Amtes für Integration und soziale Sicherung, Herrn Heuer, für die äußerst angenehme Zusammenarbeit danken. Außerdem danken wir allen TeilnehmerInnen der Workshops für ihr Engagement und die angeregten Diskussionen, die auch für uns lehrreich waren.

## 2. Workshopbezogene Maßnahmen

Die Darstellung der Workshopergebnisse gliedert sich in die Beschreibung der

- A. Bestehenden Maßnahmen** – d.h. solche Maßnahmen, die von den TeilnehmerInnen im Workshop benannt wurden und der
- B. Fortzuführenden und neuen Maßnahmen** – d.h. alle zukünftigen Maßnahmen. Hierunter fallen zunächst alle fortzuführenden Maßnahmen - d.h. solche, die es bereits gibt und die so weitergeführt werden sollen. Bei den neuen Maßnahmen wurde nochmals unterschieden in
  - workshopgenerierte Maßnahmen – d.h. zu optimierende bereits bestehende Maßnahmen, explizit im Workshop neu definierte Maßnahmen oder Maßnahmen, die die GOE auf Grund der Diskussion im Workshop entwickelt hat,
  - recherchierte Maßnahmen – gute Praxisbeispiele, die wir für sinnvoll halten und
  - GOE Maßnahmenideen – von uns entwickelte Vorschläge, die sich nicht aus der Workshoparbeit ergaben.

### 2.1 Maßnahmen im Bereich Schule/Bildung

**Leitziel I: Erhöhung der Sprachkompetenzen in der deutschen und in der Muttersprache von Kindern (und Eltern) mit Migrationshintergrund**

**Teilziel 1: Frühzeitige Förderung im mündlichen Sprachgebrauch für Migrantenkinder im Elementarbereich**

#### A. Bestehende Maßnahmen

→ Anwendung der sismik-Methode (sismik: Sprachverhalten und Interesse an Sprache bei Migrantenkindern in Kindertageseinrichtungen)

Anhand von sismik wird der Sprachstand der Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen für Kinder beurteilt, wobei auch die Familie des Kindes mit einbezogen wird. Es handelt sich hierbei nicht um eine Maßnahme zur Förderung im mündlichen Sprachgebrauch, sondern u.a. um die Beobachtung der sprachlichen Kompetenz und um ein Instrument, um Anhaltspunkte für die pädagogische Förderung zu erhalten.

#### Anmerkung GOE:

Es gibt mehrere Methoden, die eingesetzt werden um generell den Sprachstand von Kindern und entsprechende Defizite feststellen zu können. Dazu gehören z.B. das Bielefelder Screening (BISC) oder die Diagnostische Einschätzskala (DES).



Sismik dagegen ist eine spezielle Methode um bei Kindern mit Migrationshintergrund ihre sprachlichen Kompetenzen im Deutschen zu dokumentieren. Die oberste Landesjugendbehörde hat daher auch den Trägern von Tageseinrichtungen für Kinder sismik zur Anwendung empfohlen. Da unserer Erkenntnis nach bisher sismik nicht flächendeckend in Bad Salzuflen angewendet wird, sollte dies in einem entsprechendem Gremium diskutiert werden. Anbieten würde sich dafür das Netzwerk „Integration & Schule/Bildung“ (S. auch Seite 37).

#### → Sprachförderung

Neben der allgemeinen Förderung in Tageseinrichtungen für Kinder (TfK) erhalten Kinder mit speziellem Förderbedarf im mündlichen Sprachgebrauch vor der Einschulung 120 Stunden Sprachförderung.

### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Fortzuführende Maßnahme:

#### → Sprachstanderfassung z.B. durch sismik-Methode

Workshopgenerierte Maßnahme:

#### → Optimierung der Sprachförderung

Die Qualifikation der Lehrkräfte soll verbessert werden, da die Qualität der angebotenen Sprachförderung maßgeblich von der Person bzw. Qualifikation der Lehrkraft abhängt. Angestrebt werden soll insgesamt eine Professionalisierung des Angebots. Dazu gehört ebenfalls die Sprachförderung zu verlängern und sie nicht an der Grundschule, sondern in Tageseinrichtungen für Kinder durchzuführen. Das Problem hierbei ist, dass Kinder, die keine Tageseinrichtung besuchen, so nicht erreicht werden.

Um die Sprachförderung zu optimieren, sollte entsprechend der Landesinitiative eine stärkere Verknüpfung zwischen Diagnostik und Sprachkursen stattfinden.

Recherchierte Maßnahmen:

#### → Förderfachstellen

In Bielefeld wurden so genannte „Förderfachstellen“ an Tageseinrichtungen für Kinder eingerichtet, die Kosten in Höhe von € 500.000,- wurden zu 90% vom Land NRW und zu 10% von der AWO übernommen. Im Rahmen des Projekts werden drei geschulte SozialpädagogInnen in insgesamt neun Tageseinrichtungen für Kinder eingesetzt. 22 Kinder mit motorischen, sprachlichen und/oder psychischen Problemen und Verhaltensauffälligkeiten werden gefördert. Meist handelt es sich hierbei um Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Die Kinder erhalten wöchentlich zwei Stunden individuelle Förderung in der Tageseinrichtung. Zum Projekt gehören auch Elterntrainings und Hausbesuche der SozialpädagogInnen.

#### → Projekt „Miteinander leben“

Ebenfalls in Bielefeld wird ab dem 01.09.2006 das Förderprojekt „Miteinander leben“ an 90 Tageseinrichtungen für Kinder umgesetzt. Im Rahmen des Projekts sollen überwiegend Kinder mit Migrationshintergrund über zwei Jahre – ab dem zweiten Jahr in der Kindertagesstätte bis zur Einschulung – gefördert werden. Die Eltern sollen in das Projekt einbezogen werden.





### → „Griffbereit“

Durch die RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) wurde die Maßnahme „Griffbereit“ konzipiert. Ziel der Maßnahme ist die Förderung der Muttersprachenkompetenz und der allgemeinen kindlichen Entwicklung von Kindern zwischen ein und drei Jahren. Im Rahmen des Projekts werden Mütter mit Migrationshintergrund von anderen Müttern oder professionelles Personal (Elternbegleiter) angeleitet, die Muttersprachenkompetenz ihrer Kinder zu fördern. Die Anleitung erfolgt in wöchentlichen Treffen in Gruppen mit fünf bis sieben Teilnehmerinnen. Bei jedem Treffen werden den Müttern Spielvorschläge unterbreitet, um den Kindern ein spielerisches Erlernen der Sprache zu ermöglichen. Die Spielvorschläge werden von den Müttern zu Hause umgesetzt und im Rahmen des darauffolgenden Treffens reflektiert. Daneben werden den teilnehmenden Müttern Kenntnisse über das deutsche Bildungssystem vermittelt und Hilfestellung bei Erziehungsfragen auf gleichberechtigter Ebene angeboten. Die Laufzeit der Maßnahme beträgt neun Monate, die Finanzierung erfolgt durch Honorarmittel oder der Bundesagentur für Arbeit.

### → Eltern als ehrenamtliche Lesepaten

Bundesweit berichten Tageseinrichtungen für Kinder von positiven Erfahrungen mit dem Einsatz von Eltern als ehrenamtliche Lese-Paten. Die Eltern lesen abwechselnd in den Einrichtungen vor und tragen so zur Förderung der Sprachkompetenzen bei. Auch ein Engagement von Eltern mit Migrationshintergrund ist möglich. Wird die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrscht, kann auch in der jeweiligen Muttersprache vorgelesen werden. Zum Teil bietet sich auch der Einsatz zweisprachiger Kinderbücher an.

### → Verringerung der Gruppenstärke in Tageseinrichtungen mit hohem Migrantanteil

In Tageseinrichtungen für Kinder mit einem hohen Migrantanteil empfiehlt sich eine Verringerung der Gruppenstärke, um den Kindern angemessene Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen (Beispiele für eine erfolgreiche Umsetzung: Bielefeld und Espelkamp).

**Akteure:** Tageseinrichtungen für Kinder, Grundschulen

## **Teilziel 2: Frühzeitiger Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder durch Kinder mit Migrationshintergrund**

### **A. Bestehende Maßnahmen**

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Workshopgenerierte Maßnahme:

#### → Werbung für den frühzeitigen Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder

In Migrantenselbstorganisationen soll dafür geworben werden, Kinder mit Migrationshintergrund möglichst frühzeitig in Tageseinrichtungen anzumelden. Zentral erscheint in diesem Zusammenhang jedoch zunächst die Identifikation der relevanten Zielgruppe(n). Der Befund, dass Kinder aus



Familien mit Migrationshintergrund den Kindergarten oftmals nicht bzw. nicht frühzeitig besuchen, gilt offenbar nicht für alle Migrantengruppen gleichermaßen. So wurde im Rahmen der Workshoparbeit erörtert, dass Familien mit türkischem Kulturhintergrund ihre Kinder durchaus häufig in Kindertageseinrichtungen anmeldeten, insbesondere Kinder aus Familien mit osteuropäisch geprägtem Kulturhintergrund jedoch selten Tageseinrichtungen für Kinder besuchten.

**Akteure:** Tageseinrichtungen für Kinder, Migrantenselbstorganisationen

#### **Anmerkung GOE:**

Zur Kompensation der wegfallenden Landesmittel wurde die Gebühr für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder durch Entscheidungen der Kommunalpolitik erhöht. Die Zielerreichung könnte dadurch erschwert werden.

### **Teilziel 23: 95% aller Kinder mit Migrationshintergrund besuchen ab dem 3. Lebensjahr eine Tageseinrichtung für Kinder**

#### **A. Bestehende Maßnahmen**

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

#### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Workshopgenerierte Maßnahme:

##### **→ Datenerhebung**

Notwendig erscheint zunächst eine Datenerhebung zum Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den einzelnen Tageseinrichtungen für Kinder, die nach Jahrgang und Migrationshintergrund differenzieren muss.

GOE-Maßnahmeideen (die nachfolgenden Anregungen beziehen sich sowohl auf das Teilziel 2 als auch auf das Teilziel 23):

##### **→ Tag der offenen Tür in Tageseinrichtungen für Kinder**

Ein Tag der offenen Tür in Tageseinrichtungen für Kinder bietet den Einrichtungen die Möglichkeit, sich Eltern mit Migrationshintergrund vorzustellen, Informationen zu spezifischen Angeboten zu unterbreiten und etwaig bestehende Hemmschwellen abzubauen.

##### **→ Informationsveranstaltungen in Migrantenselbstorganisationen**

Im Rahmen von Informationsveranstaltungen in Migrantenselbstorganisationen könnten Tageseinrichtungen für Kinder sich und ihre Angebote vorstellen und die Bedeutung des Besuchs von Tageseinrichtungen für die Entwicklung der Kinder verdeutlichen.

**Akteure:** Tageseinrichtungen für Kinder, Migrantenselbstorganisationen



### **Teilziel 3: Frühzeitige Förderung im schriftlichen Sprachgebrauch für Migrantenkinder in Grundschulen**

#### **A. Bestehende Maßnahmen**

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

#### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Workshopgenerierte Maßnahmen:

##### → „Rucksack II“

An der Grundschule Kirchplatz wird ein Pilotprojekt implementiert, in dem Kinder und Mütter mit Migrationshintergrund zweisprachig im Schriftsprachgebrauch geschult werden. Die Laufzeit des Projekts ist für zunächst zwei Jahre angesetzt. In diesem Rahmen wird ein Nachmittagsprogramm für Mütter und Kinder angeboten, das durch eine türkische Mutter angeleitet wird. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt durch die Stadt.

##### → Verstärkung des Angebots muttersprachlichen Unterrichts

Das Angebot muttersprachlichen Unterrichts an Grundschulen soll ausgeweitet werden

Recherchierte Maßnahme:

##### → Zweisprachige Konzepte

Im Bereich der Förderung des schriftlichen Sprachgebrauchs bei Kindern mit Migrationshintergrund haben sich zweisprachige Konzepte als erfolgreich erwiesen, in denen eine koordinierte zweisprachige Alphabetisierung in Deutsch und Herkunftssprache erfolgt.

**Akteure:** Grundschulen

### **Teilziel 4: Frühzeitige Förderung im schriftlichen Sprachgebrauch für Migrantenkinder in der Sekundarstufe**

#### **A. Bestehende Maßnahmen**

##### → Auffangklasse an der Hauptschule Lohfeld

Diese Maßnahme richtet sich ausschließlich an Seiteneinsteiger, die weniger als zwei Jahre in Deutschland leben. Für Kinder bzw. Jugendliche mit Migrationshintergrund, die länger als zwei Jahre in Deutschland leben, werden keine Maßnahmen der frühzeitigen Förderung im schriftlichen Sprachgebrauch in der Sekundarstufe angeboten.

#### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Fortzuführende Maßnahme:

##### → Auffangklasse an der Hauptschule Lohfeld





Recherchierte Maßnahmen:

(die nachfolgenden Anregungen beziehen sich sowohl auf das Teilziel 3 als auch auf das Teilziel 4):

→ Summer camps

In Bremen wird erfolgreich ein Ferienlager für Kinder mit Sprachdefiziten nach dem Vorbild der US-amerikanischen summer camps umgesetzt. Die Schüler erhalten morgens eine intensive Sprachförderung und nehmen nachmittags an Theaterworkshops teil. Ein Deutschlehrer, zwei Erzieher sowie eine Theaterpädagogin betreuen hierbei insgesamt 15 Schüler. Die Finanzierung des Ferienlagers erfolgt durch eine Stiftung.

→ Leseveranstaltungen in öffentlichen Bibliotheken

In Großbritannien bieten öffentliche Bibliotheken besondere Leseveranstaltungen für Kinder (nicht nur mit Migrationshintergrund) an. Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen werden den Kindern bei Kakao und Muffins – gesponsort durch Starbucks – Geschichten vorgelesen und neue Bücher vorgestellt.

**Akteure:** Grundschulen und weiterführende Schulen, öffentliche Bibliothek

**Anmerkung GOE:**

Ähnliche Veranstaltungen werden vereinzelt bereits angeboten, z.B. eine Herbstveranstaltung der Grundschule Elekenbrede und der AWO. Diese Veranstaltungen sollten als kontinuierliches Angebot etabliert werden.

**Teilziel 5: Hausaufgabenhilfe und außerschulische Förderung für Migrantenkinder anbieten**

**A. Bestehende Maßnahmen**

→ Hausaufgabenbetreuung der Offenen Ganztagsgrundschule (Hausaufgabenhilfe)

→ Hausaufgabenhilfe verschiedener Institutionen (außerschulische Förderung)

**B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Fortzuführende Maßnahme:

→ Hausaufgabenbetreuung der Offenen Ganztagsgrundschule

**Anmerkung GOE:**

Im Rahmen der Workshoparbeit wurde erläutert, dass zu wenig Lehrerstunden für die Hausaufgabenbetreuung der Offenen Ganztagsgrundschule zur Verfügung stünden und für die Inanspruchnahme des Angebotes Kosten entstehen. Darüber hinaus stünden einige Migranteltern dem - insgesamt wichtigen - Angebot eher kritisch gegenüber.



Workshopgenerierte Maßnahme:

→ Optimierung der Hausaufgabenhilfe verschiedener Institutionen

Die Hausaufgabenhilfe der verschiedenen freien Träger (z.B. Deutscher Kinderschutzbund, Pro Regio, Club C) sollte für kleinere Gruppen angeboten werden, um die Betreuung zu intensivieren. Darüber hinaus sollte die Zusammensetzung der Gruppen im Hinblick auf das Alter und die Sprachkompetenz der teilnehmenden Jungen und Mädchen optimiert (zu große Heterogenität) und die Qualifikation der Nachhilfeleiter erhöht werden. Zur Optimierung der Hausaufgabenhilfe gehört darüber hinaus eine intensive Vernetzung und Zusammenarbeit von Nachhilfeleitern und Lehrern.

**Akteure:** verschiedene Institutionen, Schulen

Recherchierte Maßnahme:

→ Finanzierung von Nachhilfe durch „Elternfonds“

Um das System der individuellen Nachhilfe zu optimieren, empfiehlt Prof. Hurrelmann, dieses in die Schule zu integrieren. Dafür sollten Eltern nach ihrem Vermögen in einen gemeinsamen Topf einzahlen. So könnten auch SchülerInnen daran teilnehmen, deren Eltern sich private Nachhilfeunterricht nicht leisten und/oder die auf Grund ihres kulturellen Hintergrundes ihren Kindern nicht angemessen helfen können (Neue Westfälische vom 13.08.2006).

**Teilziel 6: Erhöhung des mündlichen und schriftlichen Sprachgebrauchs (deutsch) bei Müttern bzw. Eltern mit Migrationshintergrund**

**A. Bestehende Maßnahmen**

→ Müttersprach- und Integrationskurse

An Tageseinrichtungen für Kinder und Grundschulen werden von der Stadt organisierte Sprachförder- und Integrationskurse für Mütter mit Migrationshintergrund angeboten, deren Kinder die Sprachfördermaßnahmen im Elementarbereich besuchen.. Während der Kurszeiten werden die Kinder betreut. Sprachkurse für Mütter mit Migrationshintergrund werden durch die Evangelische Familienbildung (Diakonisches Werk Detmold) angeboten.

**B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Workshopgenerierte Maßnahmen:

→ Optimierung der Müttersprachkurse

Die von der Stadt organisierten Müttersprachkurse an Tageseinrichtungen für Kinder und Grundschulen sollten als Dauerangebot bestehen, statt zeitlich begrenzt zu sein. Die Laufzeit der Kurse beträgt momentan fünf Monate; wünschenswert wäre hingegen ein Kursangebot über die gesamte Dauer der Grundschulzeit. Darüber hinaus sollten die Kurse geöffnet werden, so dass mehr Mütter mit Migrationshintergrund unabhängig vom Alter ihrer Kinder erreicht werden können. Bisher können lediglich Mütter am Angebot teilnehmen, deren Kinder im Sommer eingeschult werden.



→ „Rucksack II“ (siehe auch Teilziel 3)

An der Grundschule Kirchplatz wird künftig – zunächst für zwei Jahre – ein Nachmittagsprogramm für Mütter und Kinder mit Migrationshintergrund angeboten.

→ Sprachkurse in Betrieben

Angeregt wurde im Workshop „Arbeit“, Sprachkurse in Betrieben anzubieten.

Recherchierte Maßnahme:

→ Anbindung von Müttersprachkursen an Tageseinrichtungen für Kinder

In der Praxis wurden positive Erfahrungen damit gemacht, Müttersprachkurse in Kooperation mit Tageseinrichtungen für Kinder anzubieten. Mit einer solchen Anbindung ist einerseits die Kinderbetreuung während der Dauer der Sprachkurse gewährleistet, zum anderen handelt es sich um ein relativ niederschwelliges, wohnortnahes Angebot.

**Akteure:** Grundschulen, Tageseinrichtungen für Kinder, Träger von Sprach- und Integrationskursen

**Anmerkung GOE:**

Im Workshop „Partizipation“ wurde vom Türkisch-islamischen Kulturverein das Angebot unterbreitet, Sprach- und Integrationskurse in den Räumen des Vereins durchzuführen, um so Personen zu erreichen, die mit großer Wahrscheinlichkeit sonst nicht erreicht würden.

**Teilziel 7: Implementierung einer Erfahrungsaustauschrunde mit den relevanten Akteuren**

**A. Bestehende Maßnahmen**

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

**B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Workshopgenerierte Maßnahme:

→ Implementierung einer Erfahrungsaustauschrunde mit den relevanten Akteuren

Es soll ein Austausch von Akteuren aus den Bereichen Stadtverwaltung, Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder etc. initiiert werden, der entweder in Form einer stadtweiten „Integrationskonferenz“ oder eines Schultypen- bzw. sozialraumorientierten Austauschs stattfinden soll.

**Akteure:** Stadtverwaltung, Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen

GOE-Maßnahmeidee:

→ Städtisches Gesamtkonzept „Sprachfördermaßnahmen“

Es empfiehlt sich, ein städtisches Gesamtkonzept zu allen vorschulischen und schulischen Sprachfördermaßnahmen zu erstellen, um so ein System sich auf einander beziehender oder ergänzender Maßnahmen zu etablieren, also auch eine Vernetzung und Koordination aller Maßnahmen ohne



Doppelstrukturen zu erreichen. Zu diesem Konzept gehört u.a. auch eine Bedarfserhebung auf Seiten der SchülerInnen, eine Bestanderhebung und Evaluation der Angebote, ein einheitliches Verfahren zur Sprachstandserhebung, die Festlegung von Zielen und Aussagen zur Verknüpfung mit außerschulischen und außerunterrichtlichen (Nachmittags)Angeboten (OGS).

### **Leitziel III: Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern mit Migrationshintergrund**

#### **Teilziel 20/21: Höhere Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund an Elternabenden und Elternsprechtagen**

##### **A. Bestehende Maßnahmen**

###### **→ Müttersprachkurse und Mütterintegrationskurse**

Im Rahmen der Sprach- und Integrationskurse für Mütter mit Migrationshintergrund (siehe Teilziel 6) werden die Themen Elternabend und Elternsprechtage behandelt und die Wichtigkeit der Teilnahme an diesen Veranstaltungen verdeutlicht.

###### **→ „Migrantennachmittag“**

Im Rahmen eines so genannten Migrantennachmittags findet an der Grundschule Kirchplatz ein Austausch zwischen Eltern mit Migrationshintergrund statt, wobei unter anderem die Notwendigkeit der Teilnahme am Elternabend bzw. Elternsprechtage verdeutlicht wird.

###### **→ „Erziehungsverträge“**

Im Rahmen von abgeschlossenen „Erziehungsverträgen“ werden Eltern mit Migrationshintergrund zur Teilnahme an Sprechtagen und Elternabenden verpflichtet.

###### **→ Projekt „Viele Kulturen - eine Schule“**

Das Projekt „Viele Kulturen – eine Schule“ bietet an vier Schulen (Grundschule Ahornstraße, Hauptschule Aspe, Hauptschule Lohfeld, Erich-Kästner-Schule) Integrationshilfen für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund an. Unter anderem ist es Ziel dieses Projekts, die Kommunikation zwischen Schule bzw. Lehrern und Eltern mit Migrationshintergrund zu verbessern. Hierbei wird unter anderem über Elternabende und -sprechtage informiert und die Wichtigkeit der Teilnahme verdeutlicht.

###### **→ „Runde Tische“**

Im Rahmen des Projektes „Viele Kulturen – Eine Schule“ werden „Runde Tische“ angeboten und moderiert, an denen die Schule, Migranteneltern, die Elternvertretung, die Schulsozialarbeit und ggf. die Schülervertretung beteiligt sind.



## B. Fortzuführende und neue Maßnahmen

Fortzuführende Maßnahmen:

→ Müttersprachkurse und Mütterintegrationskurse

Über die Sprach- und Integrationskurse für Mütter mit Migrationshintergrund (s.o., Teilziel 6) soll eine stärkere Beteiligung der Eltern mit Migrationshintergrund am Schulleben und damit auch an Elternabenden und Elternsprechtagen erreicht werden.

Zu den „Migrantennachmittagen“, „Erziehungsverträgen“ und dem Projekt „Viele Kulturen – eine Schule“ gab es von den TeilnehmerInnen des Workshops weder Aussagen zur Fortführung, zur Optimierung oder zur Einstellung dieser Maßnahmen.

Workshopgenerierte Maßnahmen:

→ „Runde Tische“ sollten wie im Projekt „Viele Kulturen –Eine Schule“ an jeder Schule in Bad Salzuflen eingerichtet werden

→ „Integrationsbeauftragter“ pro Jahrgang

In den Schulen sollten für jeden Jahrgang aus den Reihen der Eltern so genannte Integrationsbeauftragte gewählt werden, die als Ansprechpartner für Eltern mit Migrationshintergrund zur Verfügung stehen und über schulinterne Veranstaltungen informieren bzw. dazu einladen.

→ Persönliche Einladung von Eltern mit Migrationshintergrund zu Elternabenden und Elternsprechtagen

Eventuell ist eine persönliche Einladung von Eltern mit Migrationshintergrund zu Elternabenden und Elternsprechtagen sinnvoll. Ein solches Vorgehen wurde eine Zeitlang an der Schule Ahornstraße gewählt. Dort wurden Eltern mit Migrationshintergrund durch Vertreter der Klassenpflegschaft persönlich angesprochen und zu Elternabenden und Elternsprechtagen eingeladen. Dies erfolgt seit einiger Zeit nicht mehr, obwohl sich nach Einschätzung einiger Workshopteilnehmer zum Teil durchaus Erfolge zeigten.

Recherchierte Maßnahmen:

→ Einrichtung von Integrationsstellen an Schulen

In Bielefeld wurden so genannte Integrationsstellen an Schulen eingerichtet. Diese Stellen wurden unter anderem mit engagierten Lehrern besetzt. Finanziert werden die Integrationsstellen durch das Schulministerium NRW.

→ Informationsveranstaltungen zum deutschen Schul- und Ausbildungssystem

Ebenfalls in Bielefeld organisiert der Migrationsrat zwei Mal jährlich Informationsveranstaltungen für Eltern mit Migrationshintergrund. Im Rahmen dieser Veranstaltungen werden unter anderem Informationen über das Schul- und Ausbildungssystem in Deutschland vermittelt.



## **Teilziel 22: Höhere Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund an Förderangeboten für Klein- und Vorschulkinder**

### **A. Bestehende Maßnahmen**

→ Durchführung angeordneter Kurse nach Sprachstandserhebung

→ Elternkurse mit Kinderbeteiligung im Elementarbereich

Das in der Vergangenheit durchgeführte Angebot Erziehungskurse mit Kindern im Elementarbereich wird ab Oktober 2006 in der AWO Kindertagesstätte „Auf der Rhön“ neu implementiert. Wie die bisherigen Angebote ist auch dieser Kurs auf 8 Wochen begrenzt.

### **Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Fortzuführende Maßnahmen:

→ Angeordnete Kurse nach Sprachstandserhebung

Workshopgenerierte Maßnahmen:

→ Ausweitung des Angebots von Elternkursen mit Kinderbeteiligung

Das Angebot von Elternkursen, zu denen auch die eigenen Kinder mitgebracht werden können, sollte ausgedehnt und auf andere Institutionen mit bestehendem Bedarf ausgeweitet werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Maßnahmen direkt vor Ort, also wohnortnah stattfinden.

→ Erziehungskurse/Erziehungsberatung

Um die allgemeine Erziehungskompetenz von Eltern mit Migrationshintergrund zu stärken, erscheint es sinnvoll, in Tageseinrichtungen für Kinder, Grund- oder weiterführenden Schulen Erziehungskurse oder Erziehungsberatung anzubieten. So könnten beispielsweise Elternabende zum Thema Erziehung in Tageseinrichtungen für Kinder oder Erziehungstrainings für Mütter im Rahmen der Grundschule angeboten werden. Darüber hinaus bietet sich eine muttersprachliche Familienberatung an, die möglichst niederschwellig und sozialraumnah erfolgen sollte.

Recherchierte Maßnahme

(die nachfolgende Anregung beziehen sich sowohl auf das Teilziel 20/21 als auch auf das Teilziel 22):

→ „Elterncafés“ / Schulcafés

Verschiedene Schulen berichten über positive Erfahrungen mit „Elterncafés“ bzw. „Schulcafés“. Hier können Eltern Rat bei Erziehungsfragen, Tipps im Umgang mit schulischen Problemen oder bei Konflikten mit Behörden einholen. Zum Teil werden die Cafés durch Mütter ehemaliger Schüler betreut.

**Akteure:** Tageseinrichtungen für Kinder, Grundschulen, Freie Träger der Wohlfahrtspflege





## Allgemeine Maßnahmen zum Bereich Schule/Bildung

Recherchierte Maßnahme:

### → Bildungsbeauftragte in Migrantenselbstorganisationen

Anzustreben ist, in den Migrantenselbstorganisationen Männer und Frauen zu finden, die bereit sind, als Bildungsbeauftragte für ihre Zielgruppe zu fungieren. Aufgabe der Bildungsbeauftragten wäre es, zum einen AnsprechpartnerIn für MigrantInnen zu schulischen, Ausbildungs- und beruflichen Fragen zu sein. Zum anderen könnten Bildungsbeauftragte für die Stadtverwaltung, die Bundesagentur für Arbeit etc. Kontaktpersonen in obigen Fragen sein. Sollten sich Männer und Frauen für diese Aufgabe finden, so sollten diese gemeinsam im Rahmen einer entsprechenden Schulung auf ihre Aufgabe vorbereitet werden. Überlegenswert ist in diesem Zusammenhang, den Migrantenselbstorganisationen, die Bildungsbeauftragte haben, seitens der Stadtverwaltung einen geringen Eurobetrag zur Deckung ihrer Aufwendungen und als Anerkennung zur Verfügung zu stellen. Migrantenselbstorganisationen in Bielefeld verfügen über Bildungsbeauftragte, so dass die Möglichkeit besteht, sich dort über solch eine Maßnahme informieren und beraten zu lassen.

### Anmerkung GOE:

Nach dem „Aktionsplan Integration“ der Landesregierung NRW vom Juni 2006 werden Migrantenselbstorganisationen, die einen Schwerpunkt auf Bildung und Erziehung legen, besonders gefördert.

GOE-Maßnahmeideen:

### → Arbeitsgremiums im Sozialdezernat

Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Zuständigkeiten im Bereich der Offenen Ganztagsgrundschule empfiehlt sich die Etablierung eines Arbeitsgremiums im Sozialdezernat aus den Verwaltungsbereichen Soziales/Integration, Jugend, Schule um Aktivitäten zur Zielerreichung im Bereich Schule/Bildung wirkungsorientiert planen und steuern zu können.

### → Weiterentwicklung des Familienzentrums zu einer Integrationsagenturen

Im Rahmen der Initiative des Landes NRW zur Bildung von Familienzentren soll die städtische Tageseinrichtung für Kinder „Waldstraße“ in Bad Salzuflen zum Familienzentrum ausgebaut werden. In diesem Kontext ist zu überlegen, das Familienzentrum für Migranteltern zu einer „Integrationsagentur“ zu entwickeln, in dem zum einen die gebündelten familienbegleitenden und unterstützenden Angebote und Leistungen migrationspezifisch auszurichten sind und zum anderen interkulturelle Erziehung und Aktivitäten für MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen angeboten werden. Die Etablierung einer „Integrationsagentur“ beinhaltet dem zu Folge u.a. den Einsatz muttersprachlicher Fachpersonals, den Aufbau und die Aufrechterhaltung von interethnischen Kommunikationsstrukturen und Beziehungen im Stadtteil. In diesem Bericht beschriebene Maßnahmen (z.B. zum Teilziele 20/21 und 22) könnten Bestandteil eines Leistungskataloges der „Integrationsagentur“ sein.

### Anmerkung GOE:

Hinzuweisen ist im Kontext „Schule/Bildung“ auf Veränderungen und Konsequenzen, die sich möglicherweise aus dem neuen NRW-Schulgesetz ergeben.

### → „Stadtteilschulen“

Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle das Konzept der „Stadtteilschulen“ aus dem InWIS-Gutachten „Strategisches Entwicklungskonzept Demographie und Integration“ erwähnt (S. 133, Punkt 11.4.4.). Das vollständige Gutachten findet sich auf der Homepage der Stadt Bad Salzuflen ([www.Bad-Salzuflen.de](http://www.Bad-Salzuflen.de))



## 2.2 Maßnahmen im Bereich Arbeit

**Leitziel: VII: „Realisierung von Arbeit / Beschäftigung (VIIb) und Verbesserung der beruflichen Integration (VIIc)“**

**Teilziel 41: Anzahl der Arbeitsplätze erhöhen**

### A. Bestehende Maßnahmen

Es wurde im Rahmen der Workshop-Arbeit keine bestehende Maßnahme genannt. Angeführt wurde von Workshop-TeilnehmerInnen, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen Sache der Arbeitgeber sei.

#### **Anmerkung GOE:**

Aus unserer Sicht könnte neben den Arbeitgebern die Stabsstelle für Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung Bad Salzuflen ein weiterer Akteur im Zusammenhang mit der Erreichung dieses Zieles und der Entwicklung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen sein.

Hinzuweisen ist in diesem Kontext auch auf die Ausführungen im InWis-Gutachten „Strategisches Entwicklungskonzept Demographie und Integration“ zu Unternehmensgründungen bei MigrantInnen und zur Migranten-Ökonomie (S. 116 u. 131, Punkt 11.3.2 und 11.4.2.). Das vollständige Gutachten findet sich auf der Homepage der Stadt Bad Salzuflen ([www.Bad-Salzuflen.de](http://www.Bad-Salzuflen.de))

**Teilziel 41a: Steigerung der Vermittlungsrate von MigrantInnen auf Arbeitsplätze**

### A. Bestehende Maßnahmen

→ Sprachkurse und Bildungsmaßnahmen

In den Sprachkursen und Bildungsmaßnahmen der verschiedensten Träger wird versucht, Vermittlungshemmnisse der Arbeitsuchenden, die sich z.B. auf Grund von Sprachdefiziten oder mangelnder Qualifikation ergeben, abzubauen.

### B. Fortzuführende und neue Maßnahmen

Workshopgenerierte Maßnahme:

→ Eine inhaltliche und parallele Verzahnung der Sprachkurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge mit den Bildungsmaßnahmen

Bestehende Bildungsmaßnahmen werden mit Sprachkursen, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanziert, verknüpft, um dadurch den Wirkungsgrad der Maßnahmen zu erhöhen. Sprache und berufsbezogene Fähigkeiten sollen nicht mehr nacheinander, sondern nebeneinander und miteinander verknüpft gelernt werden. Erste Gespräche zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Maßnahmeträger haben bereits stattgefunden.

**Akteure:** Träger von Bildungsmaßnahmen, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



GOE-Maßnahmeidee:

→ Bildung eines Netzwerkes „Sprachkurse und Bildungsmaßnahmen“

Bildung eines Netzwerkes der Träger von Sprachkursen und Bildungsmaßnahmen in Bad Salzuflen zur Bewertung der Wirkung der Arbeit, der Abstimmung und Weiterentwicklung der Angebote bzgl. der Zielgruppe „MigrantInnen“.

**Akteure:** Träger von Sprachkursen und Bildungsmaßnahmen

## **Teilziel 42: Anzahl der Ausbildungsplätze in den Ausbildungsbetrieben erhöhen**

### **A. Bestehende Maßnahmen**

→ Der Verein für Schule e.V. in Bad Salzuflen akquiriert Ausbildungsplätze bei Arbeitgebern

Der Verein für Schule e.V. kooperiert mit einer Vielzahl von Unternehmen und Institutionen in Bad Salzuflen (u.a. mit den Schulen, der Stadtverwaltung, den Stadtwerken, der Sparkasse Lemgo, der Agentur für Arbeit). Die Aktivitäten des Vereins sind breit gefächert. Er organisiert u.a. Veranstaltungen verschiedener Art wie Bewerbungstrainings für Jugendliche oder Fortbildungen für Lehrer und gibt einen Ausbildungsatlas für Bad Salzuflen heraus. Durchgeführte Aktionen waren z.B. „Berufsparcour“ oder „Senkrechtstarter“. Der Verein finanziert seine Arbeit durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Fortzuführende Maßnahme:

→ Aktivitäten des Vereins für Schule e.V.

Workshopgenerierte Maßnahmen:

→ „Reden plus“

„Reden plus“, d.h. mit den Arbeitgebern und Ausbildungsbetrieben kontinuierlich im Gespräch bleiben, um auf die Situation der sinkenden Ausbildungsplatzzahlen aufmerksam zu machen, die Konsequenzen zu kommunizieren und so für mehr Ausbildungsplätze zu werben und zu motivieren. Damit wird die Annahme verbunden, dass durch eine höfliche aber beharrliche Kommunikation Bereitschaft geweckt wird, Ausbildungsplätze einzurichten.

**Akteure:** Verein für Schule e.V., Bundesagentur für Arbeit, Lippe pro Arbeit gGmbH, Netzwerk Lippe gGmbH, Kreishandwerkerschaft Lippe, IHK, Arbeitgeber

→ Veränderte Finanzierungsmöglichkeiten von Ausbildungsplätzen

Vor dem Hintergrund, dass auf Grund der Ausbildungskosten Betriebe weniger ausbilden, wurde ein Modell diskutiert, dass die Betriebe entlasten und mit der Felix-Fechenbach-Berufsschule in Detmold umgesetzt werden sollte. In diesem Modell wird das 1. Jahr in Trägerschaft der Schule finanziert. Unter der Voraussetzung der Anerkennung des Berufsgrundschuljahres würde im Rahmen dieses Vorhabens ein Jugendlicher im Berufsgrundschuljahr auf Grund seines Status als Schü-



lerIn bei den Ausbildungsbetrieben nur im 2. und 3. Ausbildungsjahr Kosten verursachen. Nach Auskunft des Felix-Fechenbach-Berufskollegs wurde dieses Vorhaben jedoch in 2006 nicht umgesetzt.

Recherchierte Maßnahmen:

→ Projekt Piening und Creos Lernideen

Die Firma Piening Personal Service GmbH (Bielefeld) und die Firma Creos Lernideen haben ein Projekt kreiert, indem zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche dadurch geschaffen werden, dass den Ausbildungsbetrieben, die zusätzlich ausbilden, im ersten Ausbildungsjahr keine Kosten entstehen (Neue Westfälische vom 30.05.2006). Die Vermittlung von Jugendlichen in dieses Projekt geschieht über die Arbeitsgemeinschaften aus Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit. Da unseres Wissens Lippe pro Arbeit gGmbH kein Kooperationspartner in diesem Projekt ist, profitieren Jugendliche aus Bad Salzuflen nicht von dieser Maßnahme. Die Stadtverwaltung sollte darauf hinwirken, dass über die Kreisverwaltung Lippe, Lippe pro Arbeit gGmbH Kooperationspartner wird.

**Akteure:** Piening Personal Service GmbH (Bielefeld) und die Firma Creos Lernideen, Lippe pro Arbeit gGmbH

→ Ausbildung im Verbundsystem

Kleinere Firmen schließen sich in Verbänden oder Ausbildungs-Tandems zusammen, um sich die Kosten und den zeitlichen Aufwand zu teilen (Frankfurter Rundschau 05.08.2006).

**Akteure:** Ausbildungsbetriebe

→ Firmenjubiläen und Akquirierung von Ausbildungsplätzen

Firmen, die z.B. 100 Jahre bestehen, könnten anlässlich dieses Ereignisses eine Aktion starten, um in ihrer Stadt oder Region in zwei oder drei Jahren bei Geschäftspartnern 100 Ausbildungsplätze zu akquirieren (Neue Westfälische vom 03.08.2006).

**Akteure:** Betriebe mit „runden“ Jubiläen

**Teilziel 42a: Steigerung der Vermittlungsrate von MigrantInnen auf Ausbildungsplätze in Ausbildungsbetrieben**

Zielgruppe dieses Teilziels sind jugendliche MigrantInnen aus Bad Salzuflen, die nicht nur in Ausbildungsbetriebe in Bad Salzuflen vermittelt werden sollen, sondern auch in Betriebe in der Region Ostwestfalen-Lippe.

**A. Bestehende Maßnahmen**

→ Berufsvorbereitung

Die Maßnahmen zur Vermittlung in Ausbildungsplätze richten sich an zwei Gruppen: 1. Solche Schulabgänger, die auf Grund verschiedener Defizite noch nicht ausbildungsfähig sind und weiter-



gebildet werden und 2. Schulabgänger, die ausbildungsfähig sind, aber bisher keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

## B. Fortzuführende und neue Maßnahmen

Fortzuführende Maßnahme:

→ Berufsvorbereitung.

**Akteure:** Aufwind e.V., Netzwerk Lippe gGmbH

Workshopgenerierte Maßnahme:

→ Verein für Schule e.V.

Im Zentrum der Maßnahmevorschläge steht der Verein für Schule e.V. als hochprofessionell agierendes Bad Salzufler Gremium, dessen Potenzial verstärkt genutzt werden könnte.

- Aufbau von festen Arbeitstrukturen und verstärkte Kooperation des Verein für Schule e.V. mit Migrantenselbstorganisationen und ArbeitgeberInnen mit Migrationshintergrund. Im Verein bereits vorhanden Kompetenzen und Erfahrungen könnten für diese Zielgruppe nutzbar gemacht und müssten nicht neu entwickelt oder erworben werden.
- Zu überlegen ist, in wie weit der Verein eine entsprechende Initiative in Bad Salzuflen starten könnte, um ein berufliches Qualifizierungs-Netzwerk zur Förderung der Chancengleichheit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu etablieren.
- Stärkere ideelle und finanzielle Unterstützung des Vereins seitens der Verwaltung und der Politik.
- Stärkere Einbindung des Vereins in bestehende Strukturen.

GOE-Maßnahmeideen:

→ Optimierung der Berufsvorbereitung und ähnlicher Maßnahmen

Alle Angebote für jugendliche MigrantInnen mit unzureichenden schulischen Voraussetzungen gilt es zu überprüfen und zu evaluieren, ob sie den Bedürfnissen der Zielgruppe entsprechen und ob die Zielgruppe erreicht wird (z.B. interkulturelle Kompetenz der Ausbilder, des Personals; Berücksichtigung der ethnischen Zugehörigkeit der Auszubildenden, z.B. ihre Mehrsprachigkeit als Ressource).

→ Beratung der Jugendlichen aus einer Hand

- Zusammenführung der an unterschiedlichen Stellen erbrachten Beratungsleistungen und Angebote für den Übergang Schule und Beruf unter Berücksichtigung migrantenspezifischer Faktoren - Bundesagentur für Arbeit, Netzwerk Lippe gGmbH, Aufwind e.V
- Koordination der Angebote für SchülerInnen ohne Ausbildungsplatz oder vollzeitschulischer Ausbildung (Werkstattjahr, EQJ (Einstiegsqualifizierung Jugendlicher), JoA-Klassen (JoA: Jugendliche ohne Ausbildung), Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundschuljahr etc.)

### Anmerkung GOE

zum Teilziel 42 „Anzahl der Ausbildungsplätze in den Ausbildungsbetrieben erhöhen“ und Teilziel 42a „Steigerung der Vermittlungsrate von MigrantInnen auf Ausbildungsplätze in Ausbildungsbetrieben“:



Im Kreis Lippe ist die Anzahl der Ausbildungsplätze gegenüber den Vorjahren rückläufig (Berufsbildungsbericht 2005 des Kreis Lippe). Auf der anderen Seite steigt die Zahl der BewerberInnen. Im September 2005 standen 4.038 BewerberInnen 2.245 Ausbildungsplätze gegenüber.

Das grundsätzliche Problem liegt darin, dass sich z.B. durch die Maßnahme „Berufsvorbereitung“ zwar die individuellen Vermittlungschancen erhöhen, währenddessen die Zahl der Ausbildungsplätze aber gleich bleibt oder sogar rückläufig ist. Da zudem der Anteil der MigrantInnen an den Auszubildenden ebenfalls eher rückläufig ist, bedeutet dies, dass MigrantInnen offenbar an dem knappen Ausbildungsangebot noch weniger teil haben und der Konkurrenzkampf zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen größer wird.

Diejenigen, die - aus welchen Gründen auch immer - keinen Ausbildungsplatz finden, landen in Bildungsgängen des „Chancenverbesserungssystems“ (Vortrag von Frau Boos-Nünning im Rahmen der Abschlusskonferenz des Beruflichen Qualifizierungs-Netzwerks OWL am 19.06.2006), die jedoch häufig nicht in einer beruflichen Zukunft münden. Diese Gruppe potenziert sich von Jahr zu Jahr, da jedes Jahr neue Personen in die Warteschleife aufgenommen werden. In der Konsequenz erhöht sich damit jedes Jahr die Zahl der Bewerber um die jährliche zu besetzenden Ausbildungsplätze. Es ist davon auszugehen, dass sich damit gleichzeitig die Zahl derjenigen erhöht, die aus dem Wettlauf um Ausbildungsplätze ganz „aussteigen“. In diesem Vorgang sehen Experten Dynamik für die Zukunft unserer Gesellschaft (Die Zeit, 20.07.2006, Artikel „Viel Hoffnung, wenig Zukunft“).

Da häufig die tatsächlich oder vermeintlich unzureichende Ausbildungsreife für den geringen und sinkenden Anteil jugendlicher MigrantInnen an der Vermittlung in Ausbildungsplätze verantwortlich gemacht wird, gilt es die Ausbildungsreife zu verbessern. Dies muss aber vorrangig im schulischen Bereich geschehen. In sofern ist der Bereich „Berufliche Ausbildung“ von der Ziel- und Wirkungssystematik und damit auch von der Ressourcenverteilung etc. nachrangig zu sehen, aber auf keinen Fall nachrangig von der Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung.

Zu beachten ist, dass in diesem Bereich aus den unterschiedlichsten Gründen nach wie vor eine ethnische Diskriminierung zu beobachten ist. Denn trotz guter schulischer Qualifikation gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund werden MigrantInnen benachteiligt und erhalten häufig keinen Ausbildungsplatz. Sollte das Angebot an Ausbildungsstellen steigen, ist keineswegs automatisch sichergestellt, dass BewerberInnen mit Migrationshintergrund angemessen davon profitieren. Deswegen ist es unerlässlich, Ausbildungsbetriebe zu gewinnen, die Ausbildungsstellen für Jugendliche mit Migrationshintergrund bereitstellen.

#### **Teilziel 43: Notwendigkeit des Erwerbs eines Berufsabschlusses**

Dieses Teilziel hat eine Schnittstelle zum Bereich „Schule/Bildung“ und sollte dort behandelt werden. Dies konnte aber aus Zeitgründen nicht aufgearbeitet werden.

#### **Teilziel 44: Erreichen eines Schulabschlusses**

Dieses Teilziel hat ebenfalls eine Schnittstelle zum Bereich „Schule/Bildung“ und sollte dort behandelt werden. Dies konnte aber aus Zeitgründen nicht aufgearbeitet werden.



**Anmerkung GOE:**

Da beide Ziele für den Prozess der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund von erheblicher Bedeutung sind, sollten sie im weiteren Prozess bearbeitet werden. Dies könnte z.B. im Netzwerk Schule/Bildung geschehen (vgl. S. 37).

**Teilziel 45: Förderung innerbetrieblicher MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund zu AusbilderInnen****A. Bestehende Maßnahme**

→ Qualifizierung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund zu Schichtführern

Es gibt Betriebe (z.B. NINKAPLAST), die Mitarbeiter mit Migrationshintergrund qualifiziert haben, die wiederum für die Betreuung von Auszubildenden mit zuständig sind.

**B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Fortzuführende Maßnahme:

→ Qualifizierung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund zur Übernahme von Leitungsaufgaben

**Teilziel 46: Steigerung der Migrantenbetriebe, die MigrantInnen ausbilden****A. Bestehende Maßnahmen**

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

**B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Recherchierte Maßnahme:

→ Berufliches Qualifizierungs-Netzwerk Ostwestfalen-Lippe zur Förderung der Chancengleichheit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Die im Rahmen des Projektes „Berufliches Qualifizierungs-Netzwerk Ostwestfalen-Lippe zur Förderung der Chancengleichheit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ gemachten Erfahrungen könnten zu diesem Ziel Anregungen liefern. Ansprechpartner ist die Mozaik gGmbH in Bielefeld ([www.mozaik.de](http://www.mozaik.de)).



## **Teilziel 47: MigrantInnen selbst müssen sich den Anforderungen des Arbeitsmarktes stellen**

### **A. Bestehende Maßnahmen**

#### → Bewerbungstraining

Im Rahmen von Bewerbungstraining und im Rahmen des Projektes TAB (Training, Arbeit und Beruf) werden z.B. Anforderungen des Arbeitsmarktes thematisiert.

**Akteure:** awb e.V (Arbeit, Wohnen, Bildung e.V.)

### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Fortzuführende Maßnahme:

#### → Bewerbungstraining

Workshopgenerierte Maßnahmen:

Im Workshop wurde die Meinung vertreten, dass die VHS auf Grund ihres Bildungsauftrages bezüglich dieses Teilziels aktiv werden könnte.

Recherchierte Maßnahme:

#### → MIGRA-Projekt

Ziel des MIGRA-Projektes ist es, die Beschäftigungsfähigkeit von Migrantinnen durch Orientierungs-, Aktivierungs- und Qualifizierungsangebote zu erhöhen. Maßnahmeträger ist die Regionalstelle „Frau und Beruf“ und die REGE mbH (Gemeinnützige Regionale Personalentwicklungsgesellschaft mbH) in Bielefeld. Nach Rücksprache mit der REGE mbH ist eine Mitarbeiterin bereit, das Projekt in Bad Salzuflen vorzustellen.

#### → Improvement-Projekt

Dieses Projekt in Bielefeld richtet sich an berufstätige Frauen mit Migrationshintergrund, die sich weiterqualifizieren wollen. Maßnahmeträger ist die REGE mbH und die VHS. Nach Rücksprache mit der REGE mbH ist eine Mitarbeiterin bereit, das Projekt in Bad Salzuflen vorzustellen.

## **Teilziel 48: Nutzen der Mehrsprachigkeit und Mentalität von MigrantInnen**

### **A. Bestehende Maßnahmen**

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Recherchierte Maßnahme:

#### → Projekt „X-PORT“

Die Idee des Projektes „X-PORT“ ist es, die Zwei- oder Mehrsprachigkeit, die landeskundlichen Fähigkeiten von MigrantInnen zu nutzen, um einen Fachkräftepool für kleine und mittelständische



Betriebe aufzubauen, die ihre Geschäftsaktivitäten in den mittel- und osteuropäischen Raum ausweiten wollen. Die Projektleitung des Trägernetzwerkes, in dem die MigrantInnen gefördert und geschult werden, liegt bei der Deutschen Angestellten Akademie in Gütersloh ([www.x-port.daa-owl.de](http://www.x-port.daa-owl.de)).

## 2.3 Maßnahmen im Bereich Wohnen

### Leitziel IV: Realisierung eines bedarfsgerechten Wohnungsangebotes

#### Teilziel 24: Feststellung des Wohnraumbedarfs bei Haushalten mit Migrationshintergrund

##### A. Bestehende Maßnahmen

→ Erfassung der Wohnungssuchenden im ehemaligen Sozialamt (seit 01.07.2006 Amt für Integration und soziale Sicherung), bei den Ravensberger Heimstätten mbH und bei der Wohnbau Lemgo eG

Von allen Wohnungssuchenden, die sich beim Amt für Integration und soziale Sicherung, bei den Ravensberger Heimstätten mbH oder bei der Wohnbau Lemgo eG melden, werden allgemeine Daten zu Personen und Haushalten, zu Wohnungswünschen etc. erfasst

##### B. Fortzuführende und neue Maßnahmen

Workshopgenerierte Maßnahmen:

→ Optimierung der Erhebungsbögen

Die Erhebungsbögen sollten im Hinblick auf die spezifischen Bedürfnisse von MigrantInnen (genauere Erfassung des Migrationshintergrundes, Anforderungen an die Raumaufteilung, Bedeutung der Nähe zu Verwandten, Anforderungen an das Wohnumfeld etc.) optimiert werden. Dazu entwickeln das Amt für Integration und soziale Sicherung und die Wohnungsunternehmen gemeinsam relevante Variablen, die in allen Erhebungsbögen einheitlich erfasst werden. Ab dem 01.01.2007 sollen diese Daten von allen erhoben werden.

→ Regelmäßige Auswertung

Die erhobenen Daten sollten von allen Beteiligten einmal jährlich ausgewertet werden. Stadtverwaltung und Wohnungsunternehmen informieren sich gegenseitig über die Ergebnisse. Dazu lädt die Stadtverwaltung jährlich im Mai zu einem Treffen ein, bei dem die Ergebnisse vorgestellt und diskutiert werden.

→ Verbesserung der Kommunikation zwischen der Stadtverwaltung und externen Akteuren - Einsetzen eines Koordinierungsgremiums „Wohnen“

Zur Verbesserung der Kommunikation sollte ein Koordinierungsgremium „Wohnen“ bestehend aus VertreterInnen des Amtes für Integration und soziale Sicherung, des Stadtplanungsamtes, der Wohnungsunternehmen, der privaten Vermieter (Haus und Grund) und Investoren sowie des Mieterbundes eingerichtet werden. Inhalt der Gespräche dieses Gremiums ist die Beurteilung der Entwicklung des örtlichen Wohnungsmarktes und daraus abzuleitende Maßnahmen oder Projekte, z.B. im Bestand, im Neubau und im Wohnumfeld (siehe auch Netzwerk „Integration und Wohnen“, S. 38)



**Akteure:** Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen, Haus und Grund, Investoren, Mieterbund

→ Verbesserung der Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung

Dazu sollten das Stadtplanungsamt und das Amt für Integration und soziale Sicherung einen regelmäßigen Arbeitstermin vereinbaren.

**Akteure:** Stadtplanungsamt, Amt für Integration und soziale Sicherung

→ Ausgabe von Mieterbewerberbögen im Amt für Integration und soziale Sicherung

Wohnungssuchende sollen die Mieterbewerberbögen von allen Wohnungsunternehmen mit größerem Bestand im Amt für Integration und soziale Sicherung erhalten können.

**Akteure:** Amt für Integration und soziale Sicherung, Wohnungsunternehmen

## Teilziel 25: Bedarfsgerechte Planung

### A. Bestehende Maßnahmen

→ Ansätze bedarfsgerechter Planung auf der Grundlage erhobener Daten

Bedarfsgerechte Planung findet in Ansätzen auf der Grundlage der Daten des Amtes für Integration und soziale Sicherung statt. Das Amt gibt die durch seine Datenerhebungen gewonnen Erkenntnisse fallweise an Investoren weiter. Es hat Einzelfälle gegeben, in denen Investoren auf der Grundlage dieser Erkenntnisse Wohnungen gebaut haben.

### B. Fortzuführende und neue Maßnahmen

Workshopgenerierte Maßnahmen:

→ Alle unter Teilziel 24 aufgeführten zukünftigen Maßnahmen gelten auch hier:

- Optimierung der Erhebungsbögen
- Regelmäßige Auswertung
- Verbesserung der Kommunikation zwischen der Stadtverwaltung und externen Akteuren
- Verbesserung der Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung
- Ausgabe von Mieterbewerberbögen im Amt für Integration und soziale Sicherung

→ Einbeziehen von Migrantenselbstorganisationen

Migrantenselbstorganisationen sollen bei der Planung von Wohnraum einbezogen werden, um die Bedürfnisse von MigrantInnen besser berücksichtigen zu können. Dazu sollen Migrantenselbstorganisationen, die im entsprechenden Stadtteil ansässig oder tätig sind, befragt werden. Dies kann z.B. in Form von Gruppengesprächen geschehen.



**Akteure:** Stadtplanungsamt, Integrationsbeauftragter der Stadtverwaltung, Investoren, Migrantenselbstorganisationen

## **Teilziel 26: Schaffung bedarfsgerechter Wohnangebote**

### **A. Bestehende Maßnahmen**

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Workshopgenerierte Maßnahmen:

→ Einsetzen eines Koordinierungsgremiums „Wohnen“ (siehe Teilziel 24)

→ Bessere Nutzung der Möglichkeiten der Stadt

Durch Wohnungsbau auf eigenen Flächen, Umbau im Bestand und Wohnungsakquise im nicht städtischen Bestand sollte die Stadt ihre Einflussmöglichkeiten wahrnehmen.

**Akteur:** Stadtplanungsamt

## **Leitziel V: Verbesserung des Wohnumfeldes**

### **Teilziel 27: Erhebung und Feststellung der Mängel, Defizite**

#### **A. Bestehende Maßnahmen**

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

#### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Workshopgenerierte Maßnahmen:

→ Sammlung von Informationen bei Wohnungssuchenden

Die Erhebungsbögen zur Erfassung der Wohnungssuchenden (siehe Teilziel 24) sollten im Zuge der Überarbeitung und Vereinheitlichung auch um Fragen zum Wohnumfeld erweitert werden. Allen Wohnungssuchenden sollen diese Fragebögen vorgelegt werden.

→ Sammlung von Informationen bei Wohnungswechslern



Es sollte ein Fragebogen entwickelt werden, der allen BürgerInnen bei der Ab- oder Ummeldung im Einwohnermeldeamt vorgelegt wird. Hierin wird nach Umzugsgründen und insbesondere nach positiven oder negativen Wohnumfeldkriterien gefragt.

→ Befragung der BewohnerInnen

In besonders kritischen Gebieten kann eine Befragung der BewohnerInnen zur Wohnumfeldsituation durchgeführt werden.

**Akteure:** Stadtplanungsamt, Wohnungsunternehmen

→ Partnerschaft Wohnungsunternehmen - Polizei

Im Zusammenhang mit Sicherheitsaspekten im Wohnumfeld ist auch eine Partnerschaft von Wohnungsunternehmen und Stadtplanungsamt mit der Polizei sinnvoll (Beispiel Bielefeld).

## Teilziel 28: Erhebung von Verbesserungsvorschlägen

### A. Bestehende Maßnahmen

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

### B. Fortzuführende und neue Maßnahmen

Workshopgenerierte Maßnahmen:

→ Sammlung von Informationen/Befragung

Die unter Teilziel 27 genannten Möglichkeiten zur Erhebung von Mängeln und Defiziten könnten auf die Erhebung von Verbesserungsvorschlägen ausgeweitet werden: Sammlung von Informationen bei Wohnungssuchenden und WohnungswechslerInnen, Befragung von BewohnerInnen.

→ Einbeziehen der BewohnerInnen, u.a. Migrantenselbstorganisationen

Um die Meinungen und Vorschläge der BewohnerInnen einzubeziehen könnten größere Bewohnerversammlungen oder Gruppengespräche durchgeführt werden. Hierfür sollte in allen relevanten Institutionen und Gremien wie zum Beispiel in Migrantenselbstorganisationen, Kirchengemeinden, Vereinen und anderen Institutionen in denen BewohnerInnen organisiert oder aktiv sind, geworben werden.

→ Einbeziehen des Ortsausschusses

Als Bindeglied zwischen der Stadtverwaltung und den BürgerInnen fungiert der Ortsausschuss, der als Akteur einbezogen werden sollte.

→ Einbeziehen aller weiteren relevanten Akteure

Darüber hinaus sollten das Stadtplanungsamt, Wohnungsunternehmen und andere relevante externe Akteure einbezogen werden.





**Akteure:** Stadtplanungsamt, Integrationsbeauftragter der Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen, Investoren, Ortsausschuss, Migrantenselbstorganisationen, Freie Träger der Wohlfahrtspflege und sonstige Institutionen

## **Teilziel 29: Neugestaltung/Behebung der Mängel/Defizite**

### **A. Bestehende Maßnahmen**

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Workshopgenerierte Maßnahmen:

→ Beteiligung

Alle unter Teilziel 28 genannten Akteure sollen aktiv an der Umsetzung beteiligt werden: Stadtplanungsamt, Integrationsbeauftragter der Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen, Investoren, Ortsausschuss, Migrantenselbstorganisationen, Freie Träger der Wohlfahrtspflege und sonstige Institutionen.

#### **GOE Anmerkung:**

Für die Verbesserung und Neugestaltung eines Wohnumfeldes sind finanzielle Mittel nötig. Bei den beteiligten Akteuren sind zum Teil entsprechende Eigenmittel für solche Zwecke vorhanden. Im konkreten Fall muss evtl. geklärt werden, ob weitere Mittel zum Beispiel von Land oder Bund bereitgestellt werden könnten.

**Akteure:** Stadtplanungsamt, Integrationsbeauftragter der Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen, Investoren, Ortsausschuss, Migrantenselbstorganisationen, Freie Träger der Wohlfahrtspflege und sonstige Institutionen

## **Leitziel VI: Realisierung von gemischten Wohnquartieren**

### **Teilziel 30a: Realisierung eines verträglichen Migrantenanteils**

#### **A. Bestehende Maßnahmen**

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

#### **GOE Anmerkung:**

Bei einigen Objekten hat es seitens der Stadt den Versuch gegeben, bestimmte Quoten für die Belegung einzuhalten. Diese Versuche sind gescheitert. Die Quoten mussten verworfen werden, um Leerstände zu vermeiden. Derzeit gibt es von Seiten der Stadtverwaltung Bad Salzuflen keine Quotenregelungen für die Belegung von Wohnungen.



Die Erfahrungen der Stadt Bad Salzuflen decken sich mit dem derzeitigen Stand der Expertenmeinungen. So wird in dem von der Schader-Stiftung herausgegebenen Empfehlungskatalog „Zuwanderer in der Stadt – Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ festgestellt, dass die Konzentration von Zuwanderern in den Städten weder zu verhindern ist, noch grundsätzlich ein Integrationshindernis darstellt. Allerdings müssen die Städte darauf hinarbeiten, dass räumliche Segregation nicht zu sozialer Ausgrenzung führt. (vgl. Schader-Stiftung 2005, S. 19ff). Darauf zielen auch die in den Workshops thematisierten Maßnahmen.

## **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Workshopgenerierte Maßnahmen:

Die Belegung von Wohnungen soll sich in Zukunft nicht mehr an Quoten orientieren. Folgende Maßnahmen wurden statt dessen im Workshop vorgeschlagen:

### → Steuern über Angebote

Über ein ausdifferenziertes Wohnungsangebot soll versucht werden, verschiedene Mietergruppen für ein Wohngebiet zu interessieren.

**Akteure:** Stadtplanungsamt, Wohnungsunternehmen, Investoren

### → Einzugsmanagement

Durch die Begleitung des Neumieters in seine neue Wohnumgebung durch eine/n MieterbetreuerIn, soll die Schwelle für die Kontaktaufnahme gesenkt werden, so dass die Integration in Haus und Nachbarschaft leichter fällt. Dazu ist zum Beispiel das gemeinsame Vorstellen der Neumieter bei den Nachbarn und beim Hausmeister sinnvoll.

**Akteure:** Wohnungsunternehmen, private Vermieter

### → Bereitstellung von Räumen als Treffpunkte/Begegnungsmöglichkeiten

In Wohngebieten ab einer bestimmten Größe sollten grundsätzlich von Beginn an Gemeinschaftseinrichtungen und für MieterInnen nutzbare Räume eingeplant oder nachträglich zur Verfügung gestellt werden, um darüber zum Beispiel Begegnungen zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen zu ermöglichen.

**Akteure:** Stadtplanungsamt, Wohnungsunternehmen, Investoren

### → Konfliktmanagement

Die MieterbetreuerInnen oder andere MitarbeiterInnen der Wohnungsunternehmen sollten in der Lage sein, im Konfliktfall professionell zwischen den Parteien zu vermitteln und ein konfliktfreies Zusammenleben zu fördern. Dazu ist gerade für Konflikte zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen die Schulung der interkulturellen Kompetenz der MitarbeiterInnen notwendig. Stehen solche MitarbeiterInnen nicht zur Verfügung, kann auch auf externe MediatorInnen zurückgegriffen werden.



### → Stadtteilarbeit und Quartiersmanagement

Stadtteilarbeit und Quartiersmanagement sind Instrumente, um in Gebieten, in denen Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft in materiell und/oder sozial schwierigen Lebenslagen zusammenwohnen, das friedliche Zusammenleben zu fördern und die Lebensbedingungen für die BewohnerInnen zu verbessern. Es soll verhindert werden, dass die räumlichen Bedingungen des Zusammenlebens die schwierigen Lebenslagen potenzieren und zu einer Verstärkung der Benachteiligung und der Konflikte beitragen. Der Stadtteil und das Quartier sollen im Gegenteil kompensierend wirken. Darauf arbeiten Stadtteilarbeit und Qualitätsmanagement hin.

**Akteure:** Stadtplanungsamt, Amt für Integration und soziale Sicherung, Quartiers- oder Stadtteilmanagement, Wohnungsunternehmen, Investoren, Freie Träger der Wohlfahrtspflege

Recherchierte Maßnahme:

### → Hilfen zur Eingewöhnung für ausländische Mieter

Die Nassauischen Heimstätten in Frankfurt am Main bieten ihren ausländischen NeumieterInnen zwei Videokassetten zum Kauf an, die Hilfestellung bei der Orientierung in der neuen Wohnumgebung in ihrer jeweiligen Landessprache geben. Die erste Kassette ist praktisch ausgerichtet und beschreibt von der Hausordnung bis zur Mieterselbstbeteiligung bei Reparaturen alles, „was wir gerne wollen, dass es alle Mieter wissen“. Die zweite Kassette hat den Titel „Wir leben in Deutschland“ und wird unter Kapitel 3, Teilziel 9 beschrieben.

(vgl. [www.schader-stiftung.de/wohn\\_wandel/474.php](http://www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/474.php))

## Teilziel 30b: Verhinderung der Abwanderung von Haushalten ohne Migrationshintergrund

### A. Bestehende Maßnahmen

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

### B. Fortzuführende und neue Maßnahmen

Die Maßnahmen für das Teilziel 30b sind identisch mit denen für das Teilziel 30a:

- Steuerung über Angebote
- Einzugsmanagement
- Bereitstellung von Räumen
- Konfliktmanagement
- Stadtteilarbeit und Quartiersmanagement

## Teilziel 31: Erhöhung der Eigenheimquote bei Haushalten mit Migrationshintergrund

### A. Bisherige Maßnahmen

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.



## B. Fortzuführende und neue Maßnahmen

Es wurden keine Maßnahmen entwickelt, da sich die Eigenheimquote von MigrantInnen in den letzten Jahren bereits positiv entwickelt.

### Teilziel 32: Förderung der Gemeinschaft im Wohnquartier

#### A. Bisherige Maßnahmen

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

#### B. Fortzuführende und neue Maßnahmen

Workshopgenerierte Maßnahmen:

→ Einzugsmanagement, Konfliktmanagement, Stadteitarbeit und Quartiersmanagement (vgl. Teilziel 30 a)

→ Zentrale Persönlichkeiten verschiedener Kulturen oder Religionen gewinnen

Zentrale Persönlichkeiten verschiedener Kulturen oder Religionen, die als Multiplikatoren in ihre Gemeinschaften hinein wirken können, sollen gezielt angesprochen werden, um sie für das Ziel, die Gemeinschaft im Wohngebiet zu fördern, zu gewinnen. Diese Persönlichkeiten finden sich unter Umständen nicht auf der Quartiersebene, sondern evtl. zum Beispiel als Repräsentanten einer Religionsgemeinschaft auf der Ebene des Stadtteils oder der Stadt. Ein mögliches Vorgehen könnte sein, diese Akteure zunächst zu einem Austausch zusammenzubringen und daraus weitere Aktivitäten zu entwickeln. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es dabei gerade bei VertreterInnen von MigrantInnen nicht ausreicht, diese schriftlich einzuladen. Persönliche Kontakte zu den Repräsentanten sind hierfür unerlässlich.

**Akteure:** Stadtteil- oder Quartiersmanagement, Integrationsbeauftragter der Stadtverwaltung, BürgerInnen

→ Kulturell gemischter Quartiersrat

Ein Quartiersrat, in dem die verschiedenen Nationen und Ethnien des Wohngebietes vertreten sein sollten, hätte unter anderem die Aufgabe, Ansprechpartner für BewohnerInnen zu sein, Belange des Wohngebietes zu erörtern, Informationen auszutauschen und an die verschiedenen Bewohnergruppen weiterzugeben. Er könnte dazu beitragen, den Dialog zwischen den Gruppen und ein tolerantes Zusammenleben zu fördern.

→ Ansprechpartner (z.B. Hausmeister) mit Migrationshintergrund im Wohngebiet

Ein Hausmeister als Ansprechpartner hat im Wohngebiet eine wichtige Funktion und wird von vielen MieterInnen gewünscht. Ein Ansprechpartner mit Migrationshintergrund könnte die Integration der BewohnerInnen mit Migrationshintergrund erleichtern.



GOE-Maßnahmeidee:

→ Nutzung wohnortnaher Medien

Mieterzeitungen, Internetauftritte von Wohnungsunternehmen oder Ähnliches könnten dafür genutzt werden, gegenseitiges Verständnis zu fördern. In solchen Medien können zum Beispiel Migrantenfamilien aus der Nachbarschaft oder andere Kulturen und Religionen vorgestellt, häufig auftretende Konflikte zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen diskutiert oder andere Themen aus dem Bereich Migration und Zusammenleben aufgegriffen werden.

#### **Anmerkung GOE:**

Das Teilziel 32 „Förderung der Gemeinschaft im Wohnquartier“ ist in engem Zusammenhang mit den Teilzielen 10, 11 und 12 des Leitziels II „Erhöhung/Herstellung des gegenseitigen kulturellen Verständnisses“ zu sehen.

#### **Teilziel 33: Realisierung generationsübergreifender Wohnquartiere**

Dieses Teilziel wurde im Workshop unter Teilziel 34 subsumiert.

#### **Teilziel 34: Etablierung von neuen alten Wohnformen (alter-, generations-, kulturgemischt)**

##### **A. Bisherige Maßnahmen**

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

##### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Workshopgenerierte Maßnahme:

→ Dialog mit Wohnungsgesellschaften über ein entsprechendes Pilotprojekt initiieren

#### **Anmerkung GOE:**

Für interkulturelle Wohnprojekte gibt es eine ganze Reihe von Beispielen, von denen einige zum Beispiel von der Schader-Stiftung zusammengetragen worden sind ([www.schaderstiftung.de/wohn\\_wandel/474.php](http://www.schaderstiftung.de/wohn_wandel/474.php)).

Ein beispielhaftes Projekt ist das „Habitat: Internationales Wohnen am Kronsberg“, das von der Gundlach GmbH in Hannover Ende der 90er Jahre realisiert worden ist. In diesem Gebiet mit insgesamt 93 Wohnungen wird konsequent nach Quoten (2/3 deutsche Haushalte, 1/3 Migrantenhaushalte) belegt. Das Konzept, das unter anderem auf eine sorgfältige Auswahl der MieterInnen und viele Möglichkeiten für Begegnung im Gebiet setzt, hat sich bisher bewährt.

(vgl. u.a. Peter Hansen: Habitat – Ein Beispiel für internationales Stadtleben. In: ILS 2005)

**Akteure:** Stadtplanungsamt, Amt für Integration und soziale Sicherung, Wohnungsunternehmen,



### **3. Maßnahmen zur Erhöhung/Herstellung des gegenseitigen kulturellen Verständnisses**

#### **3.1 Maßnahmen aus den Workshops Arbeit und Wohnen**

##### **Leitziel II: Erhöhung/Herstellung des gegenseitigen kulturellen Verständnisses**

**Teilziel 9: Etablierung von Angeboten, um sich als MigrantIn und Nicht-MigrantIn über die jeweils andere Gruppe zu informieren, zu lernen, sich gegenseitig auszutauschen.**

##### **Maßnahmen aus dem Workshop „Arbeit“**

###### **A. Bestehende Maßnahme**

→ Begegnungsmöglichkeiten, z.B. Feste, Veranstaltungen

Unterschiedliche Akteure (Sportvereine, Stadtsporverband, Kirchengemeinden, Migrantenselbstorganisationen etc.) bieten Begegnungsmöglichkeiten, z.B. Feste, Veranstaltungen an.

###### **B. Fortzuführende und neue Maßnahmen**

Fortzuführende Maßnahme:

→ Die bestehenden Begegnungsmöglichkeiten

Workshopgenerierte Maßnahme:

→ Nutzen alltäglicher Situation

Alltägliche Situation nutzen, wie sie sich z.B. durch Elternabende in Schulen und Kindergärten ergeben, um sich über die jeweils andere Gruppe zu informieren, zu lernen und sich gegenseitig auszutauschen.

Eine Verbesserung der Situation wäre nach Meinung der Workshop-TeilnehmerInnen zu erreichen, wenn man dorthin geht, wo sich die Personen mit Migrationshintergrund zusammenfinden, z.B. in ihre Vereine.

Thematisiert wurde im Workshop ebenfalls die Gründung eigener ethnischer Sportvereine. Es wurde angenommen, dass es auf Grund mangelnden kulturellen Verständnisses in den deutschen Vereinen zur Gründung ethnischer Sportvereine kam. Im Sinne einer erfolgreichen Integration stellt sich die Frage nach entsprechenden Veränderungen. Ansprechpartner für diese Diskussion wären die Sportvereine und das Sportamt.

###### **Anmerkung GOE:**

Wird das Teilziel „Etablierung von Angeboten, um sich als MigrantIn und Nicht-MigrantIn über die jeweils andere Gruppe zu informieren, zu lernen und sich gegenseitig auszutauschen“ erreicht, so ist anzunehmen, dass dadurch auch die Teilziele 17-19 (Sympathie wecken, Gemeinsamkeiten herstellen, Angst abbauen) erreicht werden können.





## Maßnahmen aus dem Workshop „Wohnen“

### A. Bisherige Maßnahmen

Zur Erreichung dieses Ziels war den Workshop-TeilnehmerInnen keine bestehende Maßnahme bekannt.

### B. Fortzuführende und neue Maßnahmen

Workshopgenerierte Maßnahme

#### → Vortragsveranstaltungen

Analog zu den früher stattfindenden Vorträgen für Aussiedler über Mietrecht, könnte es Veranstaltungen zu Themen wie Zusammenleben im Haus, Hausordnung etc. geben

Diese Vortragsveranstaltungen könnten in die Sprach- und Integrationskurse integriert werden.

Recherchierte Maßnahmen

#### → Patenschaften für Migranten

„Das Integrationsprojekt des Berliner Caritasverband vermittelt Kontakte zwischen meist neu zugezogenen MigrantInnen und ehrenamtlichen Paten, die die Zuwanderer und ihre Familien dabei unterstützen, sich im fremden Land zurecht zu finden. Sie helfen bei Amtsgängen, Arztbesuchen und der Arbeitssuche, sind Ansprechpartner für Schul- und Ausbildungsfragen oder geben Tipps für Freizeitbeschäftigungen. Durch die Patenschaften treten MigrantInnen gleich zu Beginn ihres Aufenthaltes in direkten, persönlichen Kontakt zu Einheimischen. Auch die PatInnen werden bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit nicht allein gelassen. Sie können sich jederzeit an ihren Ansprechpartner bei der Caritas wenden und sich austauschen. Einmal im Monat finden Fortbildungsveranstaltungen für sie statt, in denen Erfahrungen ausgetauscht und Vorträge über Ausländerrecht, Migrationsgeschichte oder andere Kulturen und Religionen gehalten werden. (...) Das Projekt überzeugt durch hohe Wirkung und ist auch auf Grund des geringen finanziellen Aufwandes relativ leicht durchzuführen (...)“

(Quelle: Bündnis für Demokratie und Toleranz, Bündnis-Online 2006, [www.buendnis-toleranz.de](http://www.buendnis-toleranz.de))

#### → Hilfen zur Eingewöhnung für ausländische Mieter

Die Nassauischen Heimstätten in Frankfurt am Main bieten ihren ausländischen NeumieterInnen zwei Videokassetten zum Kauf an, die Hilfestellung bei der Orientierung in der neuen Wohnumgebung in ihrer jeweiligen Landessprache geben.

Die erste Kassette wurde bereits unter Teilziel 30a erwähnt. „Ehrgeiziger und notwendiger ist unsere zweite Kassette. Sie hat den Titel „Wir leben in Deutschland“. Darauf wollen wir erklären, wie man sich in einer deutschen Umgebung möglichst unauffällig bewegt. Wir lassen uns von Ausländern beraten, auf was man in Deutschland achten muss, um keine Irritationen auszulösen oder Dinge falsch zu deuten: auf die Lautstärke, auf die Pünktlichkeit, auf die Kehrwoche. Dass die Wohnung an der Haustür anfängt und nicht an der Wohnungstür. Dass Bestechung verboten ist. Dass Deutsche zwar leise reden, aber nur im Männerchor laut singen. Dass sie Hunde halten. Dass sie spärlich bekleidet herumliegen, ohne unmoralisch zu sein. Dass sie sich betrinken. Dass sie ihr Auto verhätscheln. Dass sie bei Besuchen Blumen schenken usw., usw.“ (vgl. [www.schaderstiftung.de/wohn\\_wandel/474.php](http://www.schaderstiftung.de/wohn_wandel/474.php)).

#### → Christlich-islamischer Dialog



Anlässlich des Baus der größten Moschee Deutschlands in Mannheim gründete sich 1994 die Christlich-Islamische Gesellschaft Mannheim e.V.. Sie führt und gestaltet einen christlich-islamischen Dialog und initiiert damit Begegnung und gegenseitiges Verständnis. Hauptthemen sind zum einen der Austausch über Religion im Alltag (u.a. Hochzeit und Ehe – christlich /islamisch, Advent und Ramadan, Feste in den Religionen) und zum anderen gesellschaftspolitische Fragen wie islamischer Religionsunterricht, Kopftuch oder die Rolle der Frau. Darüber hinaus organisiert der Verein unter anderem Kirchen- und Moscheeführungen, Gemeinsame Feste und Studienreisen. (vgl. [www.cig-mannheim.de](http://www.cig-mannheim.de)).

#### → Vortragsveranstaltungen über andere Kulturen

Im Rahmen von Vortragsveranstaltungen lassen sich auch andere Themen behandeln, wie zum Beispiel Gemeinsamkeiten und Unterschiede christlicher und islamischer Religion, wann und wie werden Feste gefeiert, welche Alltagsvorschriften oder kulturellen Gewohnheiten gibt es, die im Alltag zu Missverständnissen führen können und anderes mehr.

GOE-Maßnahmeideen:

#### → Gesprächskreise von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen

Auf verschiedenen Ebenen, z.B. auf der Ebene von Nachbarschaften, von Eltern in Tageseinrichtungen für Kinder und Schule könnten Gesprächskreise initiiert werden.

### **Teilziel 13: Verbesserung der gegenseitigen Toleranz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Aufklärung in Form von Seminaren/ Informationsveranstaltungen in gemischten Gruppen (MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen)**

#### **Maßnahmen aus dem Workshop „Arbeit“**

##### **A. Bestehende Maßnahme**

#### → Fußballturnier, Kindertag oder ähnliche Veranstaltungen organisiert vom Türkisch-Islamischen Kulturverein

Die aufgeführten Maßnahmen wurden im Rahmen der Workshoparbeit zu diesem Teilziel als generelle Beispiele für Begegnungsmöglichkeiten zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen genannt.

##### **B. Fortzuführende und neu Maßnahmen**

Fortzuführende Maßnahmen:

#### → Die bestehenden Veranstaltungen

Workshopgenerierte Maßnahmen:

#### → Gegenseitiges Kennenlernen

Ansprechpartner für ein gegenseitiges Kennenlernen von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen könnten unterhalb der Arbeitgeberverbände z.B. die Kaufmannschaft Schötmar und Bad Salzuflen, die Werbegemeinschaft Bad Salzuflen e.V. und der Bürgerverein in Schötmar e.V. sein.

#### → Arbeitgeber mit interkultureller Kompetenz ausstatten



### 3.2 Maßnahmen aus dem Workshop Partizipation

Generierte Maßnahmen aus dem Workshop Partizipation:

→ Den Islam im Religionsunterricht besprechen.

→ Einen integrierten Religionsunterricht mit LehrerInnen aus unterschiedlichen Religionen anbieten.

→ Gemeinsam religiöse Feste feiern.

→ Gemeinsam Kirchen und Moscheen besuchen.

→ Religiöse Feste (z.B. Ostern oder Bairam) als Anlass nehmen, um mit dem jeweiligen Anderen (Nachbarn, Arbeitskollegen) in ein Gespräch, Austausch zu kommen.

→ Gemeinsam Reisen durchführen – MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen bereisen gemeinsam z.B. die Türkei und die BRD

→ Gemeinsamkeiten entdecken, z.B. als Vater, Mutter, Konsument, ArbeitnehmerIn etc. und in dieser Rolle sich begegnen und zueinander kommen.

GOE-Maßnahmeideen:

→ Rubrik „Hier spricht der Migrant/die Migrantin“

Es gibt in Tageszeitungen die Rubrik „Hier spricht der Sportfan“, in der zu tagesaktuellen Aspekten oder Geschehnissen der Sportfan seine Meinung sagt.

Vorstellbar ist, eine Rubrik „Hier spricht der Migrant (oder die Migrantin)“ einzurichten, in der aus migrations- bzw. integrationspezifischer Sicht Stellung zu aktuellen lokalen Geschehnissen bezogen wird. So könnten eher unaufdringlich – und im Sinne eines Angebotes – Sicht- und Denkweisen kommuniziert werden, zu deren Austausch es im Rahmen der nach wie vor zu geringen Kontaktmöglichkeiten zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen nicht kommt.

→ Vereine zusammenbringen

Vereine, die i.d.R. ethnisch organisiert sind (z.B. auf türkischer Seite: türkisch-islamischer Kulturverein, auf deutscher Seite: Schützenverein, Posaunenchor, Freiwillige Feuerwehr, CVJM) zusammenbringen, um sich zunächst z.B. über Sinn und Zweck des jeweiligen Vereins auszutauschen und so Verständnis und Toleranz zu entwickeln. Beginnen könnte dieser Prozess mit einem gemeinsamen Treffen von Vereinsvorständen.



## 4. Workshopübergreifende Maßnahmen

Einige Maßnahmen lassen sich keinem speziellen Thema zuordnen, sondern betreffen alle Workshop-Bereiche. Dazu gehören die folgenden vier Maßnahmen.

### 1. Interkulturelle Kompetenz und Öffnung

Die Arbeit mit MigrantInnen erfordert die interkulturelle Öffnung aller beteiligten Akteure und Institutionen wie zum Beispiel Kommunalverwaltung, Wohnungsunternehmen und Freie Träger der Wohlfahrtspflege. Die Schulung der interkulturellen Kompetenz der MitarbeiterInnen schafft die Voraussetzung für einen gleichberechtigten und vorurteilsfreien Dialog.

### 2. Veränderte Personalpolitik

Der Anteil von MigrantInnen an der Gesamtbevölkerung sollte sich auch im Personal gerade derjenigen Institutionen widerspiegeln, zu deren Zielgruppe MigrantInnen gehören. Auch im Hinblick auf die zukünftige demographische Entwicklung, die zu einer weiteren Erhöhung des Migrantenanteils führen wird, scheint dies sinnvoll. In der Beschäftigung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund liegt außerdem die Chance, deren spezielle kulturelle und Sprachkompetenzen im Umgang mit MigrantInnen zu nutzen.

### 3. Etablierung eines Monitoringsystems und integrierten Berichtswesens

Im Monitoringssystem werden Daten zu jeder laufenden Maßnahme im Zusammenhang mit dem jeweiligen Ziel erhoben. Diese Daten werden im Berichtswesen mit anderen Daten, z.B. mit Daten zur Bevölkerungsentwicklung verknüpft.

### 4. Strukturierung des Integrationsprozesses

Die Workshoparbeit unter Beteiligung vieler Akteure hat sich bewährt. Unser Vorschlag zur Strukturierung des weiteren Prozesses trägt diesem Moment Rechnung, weil

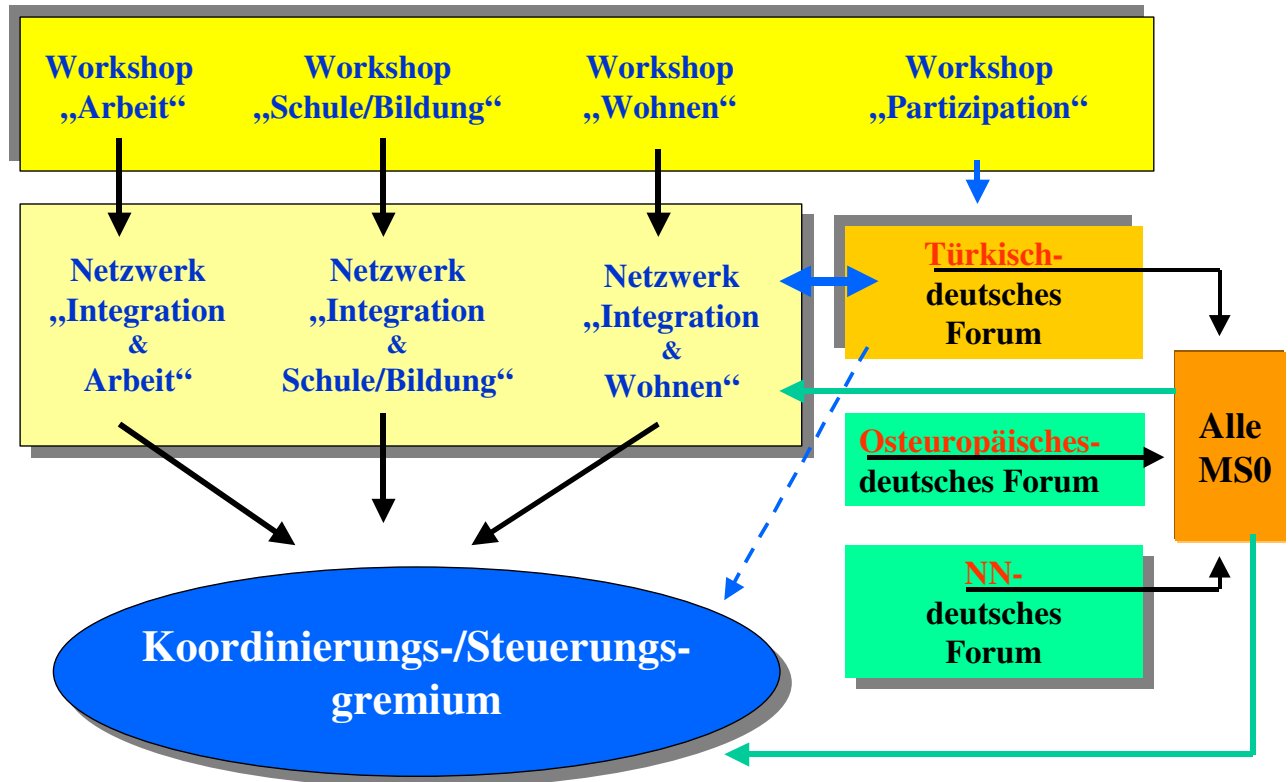
- das Zusammentreffen der Potenziale von kompetenten und erfahrenen Akteuren aus verschiedenen Bereichen zu sehr guten Ergebnissen führte und weitergehen sollte,
- sich das Klima für die Integrationsarbeit in Bad Salzuflen durch den begonnenen Prozess verbessert hat und
- die positiven Ergebnisse und Erfahrungen dem Prozess Schwung verliehen, der jetzt zeitnah genutzt werden sollte.

Die bisherigen Workshops sollten in ein System überführt werden, das zum einen den bisherigen Erfahrungen und zum anderen der Tatsache Rechnung trägt, dass Integration ein Prozess ist, in dem manches ausgehandelt werden muss und vieles sich erst mit der Zeit entwickelt.

Folgende Graphik stellt unseren Vorschlag für ein „Netzwerk Integration Bad Salzuflen“ dar:



## „Netzwerk Integration Bad Salzuflen“



Die bisherigen Workshops „Arbeit“, „Schule/Bildung“, „Wohnen“ und „Partizipation“ sollen in neue Strukturen überführt werden. Dabei muss der Workshop „Partizipation“, der im Laufe der Arbeit einen anderen Charakter angenommen hat als die anderen Workshops, gesondert betrachtet werden. Die drei Workshops „Arbeit“, „Schule/Bildung“ und „Wohnen“ sollen in die **drei Netzwerke**

- „Integration und Arbeit“,
- „Integration und Schule/Bildung“ und
- „Integration und Wohnen“<sup>2</sup> übergehen.

Die Funktion dieser Netzwerke liegt u.a. darin,

- den Austausch und Informationsfluss zwischen den Trägern der Maßnahmen und Angebote sicherzustellen und aufrecht zu erhalten,
- Maßnahmen und Angebote zu vernetzen, zu koordinieren um Doppelstrukturen zu vermeiden,
- laufende Maßnahmen und Angebote zu bewerten,
- Maßnahmen und Angebote weiterzuentwickeln um sie dem Bedarf anzupassen,
- dem Bedarf entsprechend neue Maßnahmen und Angebote zu entwickeln und umzusetzen und
- Wirkungen der Maßnahmen und Angebote bezüglich der Zielerreichung zu bewerten.

Um diese Funktionen im Sinne einer erfolgreichen Integration erfüllen zu können, ist es unerlässlich, die inhaltliche Arbeit mit migrationsspezifischen Aspekten und Faktoren zu verbinden, um

<sup>2</sup> Das Netzwerk „Integration und Wohnen“ ist identisch mit dem Koordinierungsgremium „Wohnen“ auf Seite 23.



dadurch die Netzwerke wirkungsvoll als interkulturelle Netzwerke zu gestalten. Dies bedeutet die Einbeziehung von MigrantInnen oder Migrantenselbstorganisationen in die Netzwerke.

Diese Netzwerke bilden für uns das „Herzstück“, den Motor, der den Integrationsprozess in Gang hält und sie sollten etwa alle 4-6 Monate tagen. Der Integrationsbeauftragte hätte die Aufgabe, die nächsten Netzwerksitzungen zu initiieren, die TeilnehmerInnenlisten auf Vollständigkeit zu prüfen und die erste Sitzung zu moderieren.

Aus jedem Netzwerk sollten zwei Mitglieder gewählt werden, die im **Koordinierungs- und Steuerungsgremium** vertreten sind. Dieses Gremium wird ergänzt durch den Integrationsbeauftragten der Stadtverwaltung. Zentrale Funktion dieses Gremiums ist der Informations- und Erfahrungsaustausch und angesichts von Schnittstellen zwischen den Netzwerken die Vermeidung von Doppelangeboten und Doppelarbeit z.B. bei der Entwicklung von neuen Maßnahmen.

Zu prüfen ist, ob neben den drei Bereichen weitere Handlungsfelder wie z.B. Gesundheit, Freizeit ebenfalls in entsprechenden Netzwerken bearbeitet werden sollen.

Der Workshop „Partizipation“ hat sich im Laufe des Prozesses zu einem türkisch-deutschen Diskussionsforum entwickelt, in dem es weniger um die Entwicklung konkreter Maßnahmen, sondern in erster Linie um den interkulturellen Austausch über in den Workshops diskutierten Zielen und Maßnahmen ging. Wir schlagen vor, diese erfolgreichen Veranstaltungen als **türkisch-deutsches Forum** weiterzuführen und darüber hinaus nach diesem Vorbild die Kommunikation mit anderen Ethnien zu suchen. Ziel wäre die Entwicklung weiterer Foren, z.B. eines osteuropäisch-deutschen Forums. Wenn dies gelingt, sollte als nächster Schritt angestrebt werden, aus allen Foren VertreterInnen in ein Gremium der Migrantenselbstorganisationen zu entsenden. Auch hier ist der Integrationsbeauftragte gefordert, das türkisch-deutsche Forum als Fortsetzung der Workshoparbeit zu initiieren, sowie sich um den Zugang zu anderen Ethnien zu bemühen.

Um die Beteiligung der MigrantInnen an den Netzwerken „Arbeit“, „Schule/Bildung“ und „Wohnen“ zu gewährleisten, ist es notwendig, in der Übergangszeit MigrantInnen aus dem türkisch-deutschen Forum in die jeweiligen Netzwerke oder direkt in das Koordinierungs- und Steuerungsgremium zu entsenden. Später sollten auch andere Ethnien dort vertreten sein.



## 5. Einschätzung des Prozessverlaufes

Nach Abschluss der Workshops haben wir im Juni 2006 einige Akteure in Bad Salzuflen befragt, die am Workshopprozess beteiligt waren und zum Teil bereits seit Jahren in dem Themenfeld Integration in Bad Salzuflen tätig sind. Uns interessierte dabei vor allem ihre Einschätzung des Prozesses und möglicher Folgen, sowie ihre Ideen zur Fortsetzung der bisherigen Arbeit. Die folgende Zusammenfassung gibt die persönlichen Meinungen und Sichtweisen der befragten Personen wieder.

### Auswirkungen des Prozesses

Bei der Frage, ob es bereits spürbare Auswirkungen des Prozesses gibt, wurden immer wieder zwei Ereignisse thematisiert. Zum einen der Umwelttag in der Heerser Mühle und zum anderen die Aktion „Ab in die Mitte“. Bei beiden Ereignissen gab es Kooperationen zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen, die es bis dahin in dieser Form nicht gegeben hatte.

#### Umwelttag Heerser Mühle

Am Umwelttag beteiligte sich der Türkisch-Islamische Kulturverein mit Essensständen und einer Aufführung der Mädchenfolkloregruppe. Beides wurde vom Publikum sehr gut angenommen. Veranstalter und Kulturverein waren mit der Beteiligung und der Kooperation sehr zufrieden. Das Umweltzentrum würde sich freuen, wenn der Kulturverein im nächsten Jahr wieder dabei wäre.

Zwar hatte es bereits in den letzten Jahren immer wieder Einladungen und auch schon erste Schritte in Richtung auf eine Beteiligung gegeben, zu einer konkreten Umsetzung war es aber bisher nicht gekommen. Im Rahmen des Workshops „Partizipation“ ergab sich die Chance, die Kooperation konkret festzuklopfen, die von den Beteiligten genutzt wurde. Für diese Kooperation sind sicher die jahrelangen vertrauensvollen Beziehungen zwischen den beteiligten MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen die wichtige Voraussetzung gewesen. Der Workshop Partizipation war der Auslöser oder Anlass, um die Kooperation tatsächlich zu realisieren.

#### „Ab in die Mitte“

Die Aktion „Ab in die Mitte“ fand dieses Jahr zum ersten mal statt.<sup>1</sup> „Nachdem das Thema Integration durch das „Gutachten über ein strategisches Entwicklungskonzept `Demographie und Integration` für die Stadt Bad Salzuflen“ (InWIS) und durch die beginnende Workshoparbeit in der Stadt bereits präsent war, entstand im Stadtmarketingbüro die Idee, sich um die Mittel für „Ab in die Mitte“ mit einem Projekt in diesem Themenfeld zu bewerben. Mit dem Titel „Bunt – eine Stadt zeigt Flagge“ und einer den Dialog der Nationen fördernden Konzeption, erhielt die Stadt den Zuschlag.

Zur Umsetzung der Konzeption waren die in den Workshops entstandenen Kontakte sehr hilfreich. Mit dem Türkisch-Islamischen Kulturverein Bad Salzuflen, der auch die Arbeit des Workshop Partizipation engagiert unterstützt hat, wurde ein kompetenter und sehr aktiver Partner gefunden. Mit Hilfe des Vereins ist es gelungen, türkische und deutsche Kaufleute des Stadtteils Schötmar an einen Tisch zu bringen. In insgesamt 3 Vorbereitungstreffen in den Räumen des Kulturvereins, an denen ca. 20-25 Einzelhändler teilnahmen, wurde die Umsetzung des Konzeptes konkretisiert. Trotz anfänglicher Terminprobleme läuft die Kooperation so gut, dass die Möglichkeit einer über das Stadtfest hinausgehenden Kooperation besteht. Es sind nach Einschätzung der Initiatoren in dieser Kooperation neue deutsch-türkische Kontakte, eine neue gegenseitige Offenheit und Akzeptanz entstanden, die es so bisher nicht gab und die darauf hoffen lassen, dass die Akteure auch für zukünftige Aktionen auf diesem Fundament aufbauen können.

<sup>1</sup> „Ab in die Mitte“ ist eine Initiative des Landes NRW unter Beteiligung von namhaften Sponsoren mit dem Ziel, die Attraktivität der Städte zu entwickeln und zu verbessern ([www.abindiemitte-nrw.de](http://www.abindiemitte-nrw.de))





Aus Sicht der türkischen MigrantInnen hatte es in den letzten Jahren von städtischer Seite an der Bereitschaft gemangelt, von ihnen organisierte Feste und Aktionen zu unterstützen. Darüber hinaus war auch ihre Beteiligung zum Beispiel an städtischen Festen bisher nicht nachgefragt worden. Mit dem amtierenden Bürgermeister Dr. Honsdorf hat sich dies verändert. Es hat zum Beispiel Anfang des Jahres städtische Unterstützung für ein integratives Fußballturnier gegeben. Die Beteiligung an „Ab in die Mitte“ hat der Verein sofort befürwortet.

Hier war der Workshopprozess zum einen Teil des Hintergrundes für die Ideenentwicklung und zum anderen hat man für die konkrete Umsetzung unmittelbar vom Prozess profitiert. Die guten Erfahrungen mit dem von der Stadt initiierten Workshopprozess, beförderte auch die Bereitschaft der MigrantInnen, sich an dem städtischen Projekt „Ab in die Mitte“ zu beteiligen.

### **Veränderungen in der Verwaltung**

In der Verwaltung lässt sich seit ca. 1 ½ Jahren ein Prozess der verstärkten Auseinandersetzung mit dem Thema Integration beobachten, der zum 01.07.2006 in deutlichen organisatorischen Veränderungen mündete. Seit Juli 2006 gibt es ein Amt für Integration und soziale Sicherung, sowie eine darin integrierte Abteilung Demographie, Integration und Senioren unter der Leitung des Integrationsbeauftragten. Außerdem gibt es seit dem 01.07.2006 eine Koordinierungsgruppe „Integration und Demographische Entwicklung“ bestehend aus dem neuen Amt, Schulverwaltungsamt, Jugendamt, Stadtplanungsamt und Stabsstelle Wirtschaft.

Die Meilensteine dieser Entwicklung waren die Ansiedlung eines städtischen Integrationsbeauftragten im Sozialamt<sup>2</sup> zum 01.07.2005 sowie die Erstellung eines Gutachtens zur demographischen Entwicklung durch das InWIS Institut.

Im Sozialamt<sup>2</sup> gab es schon früh Überlegungen, wie mit den Erkenntnissen, die durch das InWIS Gutachten gewonnen worden waren, weiter umgegangen werden sollte. Es entstand die Idee, dies nicht verwaltungsintern, sondern mit einer möglichst großen Beteiligung und externer Moderation zu tun. Aus diesen Überlegungen ist der Workshopprozess entstanden, der vor dem Hintergrund vergangener Ereignisse in Bad Salzuflen sehr sorgfältig geplant und vorbereitet wurde.

Das Thema Integration hat im Verlaufe dieser Entwicklung als zentrales Thema in der Verwaltung Anerkennung gefunden. Ein Ausdruck dafür ist zum Beispiel, dass der Verwaltungsvorstand Wert darauf legte, dass der Integrationsbeauftragte in der Lenkungsgruppe für „Ab in die Mitte“ präsent ist und dass ein Vertreter des Stadtmarketings am Workshop Partizipation teilnahm.

Auch in der Politik wird das Thema positiv aufgenommen. Die Abstimmungsergebnisse in den Ausschüssen und die Teilnahme an den Workshops zeigen, dass der Prozess von den Parteien grundsätzlich mitgetragen wird.

### **Veränderungen des „Klimas“**

Der Workshopprozess ist zu Beginn nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen. Auf Seiten der MigrantInnen fehlte zum Teil das Vertrauen in diese neue Initiative der Stadt. Auch bei den deutschen Akteuren gab es zu Anfang zum Teil sehr deutliche Skepsis und wechselseitige Vorbehalte. Im Nachhinein wird der Prozess aber von allen befragten Akteuren positiv beurteilt. Er war ein wichtiges Signal, dass die Integration von MigrantInnen nach Enttäuschungen und „Strohfeuern“ in der Vergangenheit in Bad Salzuflen ernsthaft weiter betrieben werden soll.

Bei den beteiligten MigrantInnen ist nach anfänglicher Skepsis Vertrauen entstanden, dass die Stadt an einem ernsthaften Dialog interessiert ist und die Meinungen und Belange der MigrantInnen tat-

---

<sup>2</sup> Seit 01.07.2006 „Amt für Integration und soziale Sicherung“



sächlich wahrgenommen werden oder wie es ein Migrantenvvertreter sagte, dass „wir hier auch als Menschen erster Klasse gesehen werden“. Auf dieser Grundlage ist eine größere Bereitschaft gewachsen, sich an anderen städtischen Veranstaltungen zu beteiligen.

Auf allen Seiten ist durch den Workshopprozess eine Offenheit und Bereitschaft entstanden, miteinander zu kommunizieren. Es scheint sich eine andere Kultur des Umgangs miteinander zu entwickeln. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass auf einem traditionell von Deutschen besuchten Umwelttag auch Personen türkischer Abstammung anzutreffen waren. Menschen, die bisher noch nie einen türkischen Verein betreten hatten, veranstalteten dort deutsch-türkische Einzelhändlerversammlungen und Personen türkischer Abstammung und Deutsche lernten in ernsthaften Kooperationen etwas über ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

## Kritik

Neben der grundsätzlichen Zustimmung gibt es auch einige kritische Anmerkungen und Anregungen.

### 1. Zu späte Beteiligung der MigrantInnen

Es wurde angeregt, MigrantInnen bei solchen Vorhaben grundsätzlich viel früher mit einzubeziehen. Wenn der Prozess von Anfang an auch von ihnen getragen worden wäre, hätte es wahrscheinlich eine stärkere Beteiligung in allen Workshops gegeben. So hätte eine stärkere Präsenz von MigrantInnen schon bei der Auftaktveranstaltung eine Signalwirkung für MigrantInnen haben können und deutlich gemacht, dass es sich hier um einen Prozess handelt, der nicht nur von Deutschen getragen wird.

### 2. Zu geringe Beteiligung der MigrantInnen

Trotz intensiver Bemühungen des Integrationsbeauftragten blieb die Beteiligung der MigrantInnen vor allem in den Workshops Schule/Bildung, Arbeit und Wohnen hinter den Erwartungen zurück. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe:

- Der Auftrag für die Workshoparbeit war die Entwicklung von Maßnahmen im Hinblick auf die strategische Steuerung des Integrationsprozesses. Hierfür wurden ExpertInnen auf Grund ihrer Funktion ausgewählt und eingeladen. Leider ist Realität, dass auf der Ebene der Funktionsträger oder Repräsentanten wenige MigrantInnen zu finden sind. Dies schränkte den Kreis der ansprechbaren Personen mit Migrationshintergrund stark ein.
- Die Kommunikation zwischen Deutschen und MigrantInnen funktioniert nicht immer reibungslos. Es wurde in den Gesprächen mehrfach angemerkt, dass es anderer Kommunikationsstrategien bedarf, um MigrantInnen tatsächlich für solche Veranstaltungen zu gewinnen. An erster Stelle steht hier der persönliche Kontakt, schriftliche Einladungen sind eher zweitrangig. Hier wurde angeregt, dass der Integrationsbeauftragte in Zukunft noch stärker den persönlichen Kontakt zu den MigrantInnen suchen könnte, z.B. durch regelmäßige persönliche Präsenz in den verschiedenen Vereinen.

### 3. Beteiligung einzelner Migrantengruppen

Es wurde bisher nur ein Teil der in Bad Salzuflen lebenden MigrantInnen erreicht. Es haben fast ausschließlich türkischstämmige MigrantInnen teilgenommen. Dies wurde auch dadurch befördert, dass der Workshop Partizipation vom Rathaus in die Räume des Türkisch-Islamischen Kulturvereins verlegt wurde. Die dortigen Veranstaltungen wurden von allen TeilnehmerInnen begrüßt und haben zu einer sehr starken Beteiligung von türkischstämmigen MigrantInnen geführt. Der Prozess ist aber z.B. unter kurdischen und arabischen MigrantInnen auf große Skepsis bzw. Desinteresse gestoßen. Diese Gruppen wurden (bisher) nicht erreicht. Auch die Gruppe der Aussiedler war bisher nicht involviert. Insbesondere der Dialog mit den Spätaussiedlern wird durch fehlende Ansprechpartner und Organisationen erschwert.



### **Fortsetzung des Prozesses: „Wenn man den jetzt in Gang gekommenen Prozess pflegt und weiter begleitet, kann da was draus werden.“**

Die bisherigen positiven Auswirkungen des Workshopprozesses sollten in einem so kurzen zeitlichen Rahmen nicht überbewertet werden. Aber, so ein Befragter, es kommt zur Zeit etwas in Gang, was allerdings kein Selbstläufer sein wird, sondern begleitet werden muss. Es ist bei einem Teil der MigrantInnen ein Interesse entstanden, das sich unter anderem in ihrer Teilnahme an den Workshops und ihrem Engagement bei anderen Veranstaltungen ausdrückt. Es scheint auch gelungen zu sein, Vertrauen zu erzeugen, dass die Stadt diesen Prozess ernst meint. Entscheidend ist jetzt, dass der Schwung, der genommen wurde auch über das Ende der Workshops hinaus weitergetragen wird.

Die Kommunikation zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen, die vor allem im Workshop Partizipation in einer Form stattgefunden hat, wie es das bisher in Bad Salzuflen noch nicht gegeben hat, sollte unbedingt aufrecht erhalten werden. Dazu wäre zu klären, in welcher Form die dort entstandenen Gesprächsrunden weitergeführt werden können. Um Missverständnisse in der interkulturellen Kommunikation zu vermeiden, gibt es den Vorschlag, hier eine doppelte Moderation aus MigrantIn und Nicht-MigrantIn einzuführen.

Auch der enge persönliche Kontakt des Integrationsbeauftragten zu den verschiedenen Migrantengruppen wird von den Befragten als wichtiges Element im weiteren Prozess gesehen.

Die MigrantInnenvertreter wünschen sich darüber hinaus konkrete Ergebnisse wie z.B. Sprachkurse in den eigenen Räumen oder die Unterstützung bei der Anmietung von Räumen. Ein MigrantInnenvertreter erhofft sich von der kontinuierlichen Fortsetzung des Prozesses langfristige Veränderungen, wie bessere Chancen für MigrantInnenkinder in Schule, Ausbildung und Beruf und auch persönlich neue Einsichten. „Man kann im gegenseitigen Kontakt seine Grenzen öffnen. Man kann viel voneinander lernen.“

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der genannt wurde, ist die durch die Workshops begonnene Vernetzung von Akteuren in Bad Salzuflen. Es scheint bisher keine Strukturen zu geben, die die Vernetzung befördern, so dass Akteure, die in den gleichen Themenfeldern wichtige und gute Arbeit leisten, z.T. nichts voneinander wissen. In Zukunft sollte es daher auch darum gehen, das Potential, das Vernetzung bietet, besser zu nutzen.

Als Resultat des Workshopprozesses liegen Ergebnisse und Maßnahmenvorschläge vor, die nur dadurch erreicht werden konnten, dass die TeilnehmerInnen die Workshoparbeit aktiv mitgetragen haben. In den Workshops ist dadurch in kurzer Zeit Vieles erreicht worden. „Den Erfolg dieser Sache schreibe ich insbesondere den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu“ so ein Interviewpartner. Der jetzt eingeschlagene Weg wird von allen Akteuren einhellig positiv bewertet. Jetzt kommt es darauf an, nicht nur die Maßnahmenvorschläge strukturiert anzugehen, sondern auch den Schwung, der aus den Begegnungen und der Kommunikation selbst gewonnen wurde, weiterzutragen. „Der Prozess ist für Bad Salzuflen sehr wichtig. Hoffentlich engagiert die Stadt sich weiter.“



## 6. Tabellarische Zusammenfassung aller Maßnahmen

Getrennt für die jeweiligen Workshopthemen haben wir die Maßnahmen nach den Kriterien

- fortzuführende bestehende Maßnahmen
- zu optimierte bestehende Maßnahmen und
- neue Maßnahmen

tabellarisch zusammengestellt. Die Kategorie „Neue Maßnahmen“ haben wir nochmals unterteilt in „Verfahrensmaßnahmen“ und „inhaltliche Maßnahmen“.

Diese Zusammenstellung könnte als Entscheidungshilfe dienen, um Maßnahmen in eine Prioritätenliste zu bringen und die Auswahl von vorrangig umzusetzenden Maßnahmen zu erleichtern.

Die Maßnahmen sind nach dem Grad ihrer Umsetzungsschwierigkeiten (grob) strukturiert. Folgende Annahmen liegen dieser Kategorisierung zu Grunde: Priorität bei der Umsetzung von Maßnahmen hat sicherlich die Fortführung von bestehenden Maßnahmen, da sie bereits eingeführt sind und von den WorkshopteilnehmerInnen als bewährt im Sinne der Zielerreichung eingeschätzt wurden. An zweiter Stelle erscheinen die bestehenden Maßnahmen, die es für eine bessere Zielerreichung zu optimieren gilt. Diese Maßnahmen oder Angebote sind bereits etabliert und - vom Kern her - akzeptiert. Eine Umsetzung der Optimierung ist weniger aufwendig beziehungsweise ressourcenschonender als die Einführung und Umsetzung neuer Maßnahmen oder Angebote.

An dritter Stelle erscheinen die neuen Maßnahmen. In der Natur der Sache liegt es, dass neue Maßnahmen einen höheren Einführungsaufwand mit sich bringen. Wie beschrieben, haben wir diese Maßnahmen in der Tabelle nochmals unterschieden in „Verfahrensmaßnahmen“ und „inhaltliche Maßnahmen“. Diese Unterscheidung, auch wenn sie nicht immer trennscharf ist, soll eine Entscheidungshilfe bieten. Denn „Verfahrensmaßnahmen“ sind in der Regel eher schneller umzusetzen als „inhaltliche Maßnahmen“. Zudem ist davon auszugehen, dass inhaltliche Maßnahmen mehr Kosten verursachen, beziehungsweise verursachen können als Verfahrensmaßnahmen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Kosten von inhaltliche Maßnahmen nicht immer ausschließlich von der Kommune zu tragen sind, da das Land, der Bund, die Europäische Union oder andere Akteure sich unter Umständen beteiligen.

Neben dem Schwierigkeitsgrad bei der Umsetzung von Maßnahmen, der sich aus den Aspekten „alt“, beziehungsweise „alt und zu verbessern“ versus „neu“ ergibt, spielt bei der Auswahl der umzusetzenden Maßnahmen auch der Wirkungsgrad oder Effektivitätsgrad eine Rolle. So kann die Umsetzung einer neuen Verfahrensmaßnahme wirkungsvoller sein als eine bestehende Maßnahme zu optimieren. Als ein Entscheidungskriterium bietet sich in entsprechenden Kontexten das Leitbeziehungsweise Teilziel an, welches Priorität genießt. Ein anderes Entscheidungskriterium könnten die Teilziele sein, zu deren Zielerreichung im Rahmen der Workshops keine bestehenden Maßnahmen benannt wurden.



## 6.1 Übersicht zu den Maßnahmen im Bereich Schule/Bildung

Fortzuführende bestehende Maßnahmen	Zu optimierende bestehende Maßnahmen	Neue Maßnahmen	
		Verfahrensmaßnahmen	Inhaltliche Maßnahmen
<b>Leitziel I: Erhöhung der Sprachkompetenzen in der deutschen und in der Muttersprache von Kindern und (Eltern) mit Migrationshintergrund</b>			
Sprachstandserhebung anhand der Sismik-Methode (S. 5)	Sprachförderung (S. 5)	Implementierung einer Erfahrungsaustauschrunde (S. 11)	Einrichtung von Förderfachstellen an Tageseinrichtungen für Kinder (S. 5)
Auffangklasse der Hauptschule Lohfeld für Seiteneinsteiger (S. 8)	Muttersprachlicher Unterricht (S. 8)		Förderprojekte an Tageseinrichtungen für Kinder („Miteinander leben“) (S. 5)
Hausaufgabenbetreuung im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule (S. 9)	Hausaufgabenhilfe verschiedener Institutionen (S. 10)		Umsetzung der Maßnahme „Griffbereit“ (S. 6)
	Muttersprachkurse (S. 10)		Einsatz von Eltern als ehrenamtliche Lesepaten (S. 6)
			Verringerung der Gruppenstärke in Tageseinrichtungen für Kinder mit hohem Migrantanteil (S. 6)
			Werbung für den frühzeitigen Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder in Migrantenselbstorganisationen (S. 6)
			Datenerhebung zum Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen für Kinder (S. 7)
			Veranstalten eines Tags der offenen Tür in Tageseinrichtungen für Kinder (S. 7)
			Informationsveranstaltungen von Tageseinrichtungen für Kinder in Migrantenselbstorganisationen (S. 7)
			„Rucksack II“ (S. 8, 10)
			Sprachkurse in Betrieben (S. 11)
			Zweisprachiges Konzept (S. 8)



Fortzuführende bestehende Maßnahmen	Zu optimierende bestehende Maßnahmen	Neue Maßnahmen	
		Verfahrensmaßnahmen	Inhaltliche Maßnahmen
			Feriencamps für Kinder mit Sprachdefiziten (S. 9)
			Leseveranstaltungen in Bibliotheken (S. 9)
			Finanzierung von Nachhilfe durch „Elternfonds“ (S. 10)
			Anbindung von Müttersprachkursen an Tageseinrichtungen für Kinder (S. 11)
			Erstellung eines städtischen Gesamtkonzepts zu allen vorschulischen und schulischen Sprachfördermaßnahmen (S. 11)
<b>Leitziel III: Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern mit Migrationshintergrund</b>			
Angeordnete Kurse nach Sprachstandserhebung (S. 14)	Müttersprachkurse und Mütterintegrationskurse (S. 12)		Integrationsbeauftragter pro Jahrgang (S. 13)
	„Runde Tische“ (S. 12, 13)		Persönliche Einladung von Eltern mit Migrationshintergrund zu schulischen Veranstaltungen (S. 13)
	Ausweitung des Angebots von Elternkursen mit Kinderbeteiligung (S. 14)		Integrationsstellen an Schulen (S. 13)
			Informationsveranstaltungen zum deutschen Schule- und Ausbildungssystem (S. 13)
			Erziehungskursen und Erziehungsberatung (S. 14)
			Elterncafés/Schulcafés (S. 14)
<b>Leitziel unabhängige Maßnahmen im Bereich Schule/Bildung</b>			
			Bildungsbeauftragten in Migrantenorganisationen (S. 14)
			Arbeitsgremium im Sozialdezernat (S. 15)
			Familienzentrum/Integrationsagentur (S. 15)



## 6.2 Übersicht zu den Maßnahmen im Bereich Arbeit

Fortzuführende bestehende Maßnahmen	Zu optimierende bestehende Maßnahmen	Neue Maßnahmen	
		Verfahrensmaßnahmen	Inhaltliche Maßnahmen
<b>Leitziel VII: Realisierung von Arbeit / Beschäftigung (VIIb) und Verbesserung der beruflichen Integration (VIIc)</b>			
Aktivitäten des Vereins für Schule e.V. (S. 17)	Sprachkurse und Bildungsmaßnahmen (S. 17)	Bildung eines Netzwerkes „Sprachkurse und Bildungsmaßnahmen“ (S. 17)	„Reden plus“ (S. 17)
Berufsvorbereitung (S.19)		Kooperation des Verein für Schule e.V. mit Migrantenselbstorganisationen und ArbeitgeberInnen mit Migrationshintergrund (S. 19)	Veränderte Finanzierungsmöglichkeiten von Ausbildungsplätzen - Felix-Fechenbach-Schule (S. 17)
Qualifizierung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund zu Schichtführen (S. 21)		Etablierung eines beruflichen Qualifizierungs-Netzwerk (S. 19, 21)	Projekt Piening und Creos Lerinideen (S. 18)
Bewerbungstraining (S. 22)		Stärkere Einbindung des Vereins in bestehende Strukturen (S. 19)	Ausbildung im Verbundsystem (S. 18)
		Beratung der Jugendlichen aus einer Hand (S. 19)	Firmenjubiläen und Akquirierung von Ausbildungsplätzen (S. 18)
			Stärkere ideelle und finanzielle Unterstützung des Vereins für Schule e.V. (S. 19)
			Optimierung der Berufsvorbereitung und ähnlicher Maßnahmen (S. 19)
			MIGRA-Projekt (S. 22)
			Improvement-Projekt (S. 22)
			Projekt „X-PORT“ (S. 22)





### 6.3 Übersicht zu den Maßnahmen im Bereich Wohnen

Fortzuführende bestehende Maßnahmen	Zu optimierende bestehende Maßnahmen	Neue Maßnahmen	
		Verfahrensmaßnahmen	Inhaltliche Maßnahmen
<b>Leitziel IV: Realisierung eines bedarfsgerechten Wohnungsangebotes</b>			
	Erhebungsbögen Wohnraumbedarf (S. 23)	Einsetzen eines Koordinierungsgremiums „Wohnen“ (S. 23, 25)	Regelmäßige Auswertung der Datenerhebung Wohnraumbedarf (S. 23)
	Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung (S. 24)	Ausgabe von Mieterbewerberbögen im Amt für Integration und soziale Sicherung (S. 24)	
	Möglichkeiten der Stadt zur Schaffung bedarfsgerechter Wohnangebote (S. 25)	Einbeziehen von Migrantenselbstorganisationen (S. 24)	
<b>Leitziel V: Verbesserung des Wohnumfeldes</b>			
		Partnerschaft Wohnungsunternehmen – Polizei (Sicherheitsaspekte Wohnumfeld) (S. 26)	Sammlung von Informationen bei Wohnungssuchenden zum Wohnumfeld (Mängel und Verbesserungsvorschläge) (S. 25, 26)
		Einbeziehen BewohnerInnen und Migrantenselbstorganisationen für Verbesserungsvorschläge Wohnumfeld (S. 26)	Sammlung von Informationen bei Wohnungswechslern zum Wohnumfeld (Mängel und Verbesserungsvorschläge) (S. 25, 26)
		Einbeziehen des Ortsausschusses für Verbesserungsvorschläge Wohnumfeld (S. 26)	Befragung der BewohnerInnen zum Wohnumfeld (Mängel und Verbesserungsvorschläge) (S. 25, 26)
		Einbeziehen aller weiteren relevanten Akteure für Verbesserungsvorschläge Wohnumfeld (S. 26)	
		Beteiligung aller genannten relevanten Akteure an der Umsetzung (S. 27)	
<b>Leitziel VI: Realisierung eines verträglichen Migrantenanteils</b>			
			Steuern über Angebote (S. 28)
		Dialog mit Wohnungswirtschaft über Wohnprojekte initiieren (S. 31)	Bereitstellung von Räumen als Treffpunkte/Begegnungsmöglichkeiten (S. 28)
			Einzugsmanagement (S. 28)
			Konfliktmanagement (S. 28)
			Stadtteilarbeit und Quartiersmanagement (S. 28)
			Hilfen zur Eingewöhnung für ausländische MieterInnen (praktisch/technisch) (S. 29)
			Zentrale Persönlichkeiten verschiedener Kulturen und Religionen gewinnen (S. 30)
			Kulturell gemischter Quartiersrat (S. 30)
			Ansprechpartner (Hausmeister) mit Migrationshintergrund (S. 30)
			Nutzung wohnortnaher Medien (S. 30)



## 6.4 Übersicht Maßnahmen zum Leitziel II: „Erhöhung/Herstellung des gegenseitigen kulturellen Verständnisses“

Fortzuführende bestehende Maßnahmen	Zu optimierende bestehende Maßnahmen	Neue Maßnahmen	
		Verfahrensmaßnahmen	Inhaltliche Maßnahmen
Begegnungsmöglichkeiten, z.B. Feste, Veranstaltungen (S. 32)			Nutzen alltäglicher Situationen (S. 32)
Fußballturniere, Kindertage oder ähnliche Veranstaltungen organisiert vom Türkisch-Islamischen Kulturverein (S. 34)			Vortragsveranstaltungen (S. 34)
			Patenschaften für MigrantInnen (S. 33)
			Hilfen zur Eingewöhnung für ausländische MieterInnen (S. 33)
			Gesprächskreise von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen (S. 34)
			Christlich-islamischer Dialog (S. 33)
			Arbeitgeber mit interkultureller Kompetenz ausstatten (S. 34)
			Gegenseitiges Kennenlernen (S. 34)
			Islam im Religionsunterricht besprechen (S. 35)
			Integrierter Religionsunterricht mit LehrerInnen aus unterschiedlichen Religionen (S. 35)
			Gemeinsam religiöse Feste feiern (S. 35)
			Gemeinsamer Besuch von Kirchen und Moscheen (S. 35)
			Religiöse Feste (z.B. Ostern oder Bairam) (S. 35)
			Gemeinsam Reisen (S. 35)
			„Gemeinsamkeiten entdecken“ (S. 35)
			Rubrik „Hier spricht der Migrant“ (S. 35)
			Vereine zusammenbringen (S. 35)



## **7. Anhang**



## 7.1 Leitziele und Teilziele

### **Leitziel I Erhöhung der Sprachkompetenzen in der deutschen und in der Muttersprache von Kindern (und Eltern) mit Migrationshintergrund**

- Teilziele**
- 1 Frühzeitige Förderung im mündlichen Sprachgebrauch für Migrantenkinder im Elementarbereich
  - 2 Frühzeitigerer Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder
  - 3 95% aller Kinder mit Migrationshintergrund besuchen ab dem 3. Lebensjahr eine Tageseinrichtung für Kinder
  - 3 Frühzeitige Förderung im schriftlichen Sprachgebrauch für Migrantenkinder in Grundschulen
  - 4 Frühzeitige Förderung im schriftlichen Sprachgebrauch für Migrantenkinder in der Sekundarstufe
  - 5 Hausaufgabenhilfe und außerschulische Förderung für Migrantenkinder anbieten
  - 6 Mündlichen und schriftlichen Sprachgebrauch (deutsch) bei den Müttern/Vätern/Eltern erhöhen
  - 7 Implementierung einer Erfahrungsaustauschrunde mit den relevanten Akteuren - Stadtverwaltung, Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder etc.

### **Leitziel II Erhöhung/Herstellung des gegenseitigen kulturellen Verständnisses**

- Teilziele**
- 8 Kontaktaufbau zwischen den Kindern der jeweiligen Gruppe (Kinder mit und ohne Migrationshintergrund)
  - 9 Etablierung von Angeboten um sich als MigrantIn und Nicht-MigrantIn über die jeweils andere Gruppe zu informieren, zu lernen, sich gegenseitig auszutauschen
  - 10 Herstellen/anbieten von Kontaktaufnahmemöglichkeiten seitens der Akteure der Aufnahmegesellschaft
  - 11 Personen mit Migrationshintergrund motivieren, Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit Personen ohne Migrationshintergrund wahrzunehmen und Personen ohne Migrationshintergrund motivieren, Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit Personen mit Migrationshintergrund wahrzunehmen
  - 12 Gelungene Kontaktaufnahme zwischen Migranten und Nicht-Migranten
  - 13 Verbesserung der gegenseitigen Toleranz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Aufklärung in Form von gemeinsamen Seminaren/Informationsveranstaltungen in gemischten (MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen) Gruppen
  - 14 Fortführung der Seminare zur interkulturellen Kompetenz bei den VerwaltungsmitarbeiterInnen
  - 15 Ausdehnung der Seminare zur interkulturellen Kompetenz auf Arbeitgeber, Betriebsräte, Gewerkschaften
  - 16 Ausdehnung der Seminare zur interkulturellen Kompetenz auf Tageseinrichtungen für Kinder
  - 17 Sympathie wecken
  - 18 Gemeinsamkeiten herstellen
  - 19 Angst abbauen



<p><b>Leitziel III Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern mit Migrationshintergrund</b></p> <p><b>Teilziele</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>20 Höhere Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund an Elternabenden</li><li>21 Höhere Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund an Elternsprechtagen</li><li>22 Höhere Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund an Förderangeboten für Klein- und Vorschulkinder (z.B. Elternkurse, pädagogische Förderangebote etc.)</li></ul>	<p><b>Leitziel VI Realisierung von gemischten Wohnquartiere</b></p> <p><b>Teilziele</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>30 Realisierung eines verträglichen Migrantenanteils/Verhinderung der Abwanderung von Haushalten ohne Migrationshintergrund</li><li>31 Erhöhung der Eigentumsquote bei Haushalten mit Migrationshintergrund</li><li>32 Förderung der Gemeinschaft im Wohnquartier</li><li>33 Realisierung generationsübergreifender Wohnquartiere</li><li>34 Etablierung von neuen alten Wohnformen (alters-, generations-, kulturgemischt)</li></ul>
<p><b>Leitziel IV Realisierung eines bedarfsgerechten Wohnungsangebotes</b></p> <p><b>Teilziele</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>24 Feststellung des Wohnraumbedarfs bei Haushalten mit Migrationshintergrund</li><li>25 Bedarfsgerechte Planung</li><li>26 Schaffung bedarfsgerechter Wohnangebote</li></ul>	<p><b>Leitziel VII Verbesserung der Bildungsabschlüsse/Ausbildung bei Migranten (VIIa)</b></p> <p><b>Teilziele</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>35 Kenntnisse der Eltern von Kindergartenkinder über das Schulsystem erhöhen</li><li>36 Kenntnisse der Eltern von Schulkindern über das Schul- und Ausbildungssystem erhöhen</li><li>37 Angleichung der Quoten von GrundschülerInnen mit Migrationshintergrund und GrundschülerInnen ohne Migrationshintergrund bzgl. der Übergänge auf weiterführende Schulen</li><li>38 Erfolgreiches Absolvieren der gewählten Schullaufbahn</li><li>39 Umsetzung der geplanten Förder- und Stützangebote für Kinder mit Migrationshintergrund</li><li>40 Umsetzung/Einführung muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts als weitere Fremdsprache</li></ul>
<p><b>Leitziel V Verbesserung des Wohnumfeldes</b></p> <p><b>Teilziele</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>27 Erhebung und Feststellung der Mängel, Defizite</li><li>28 Erhebung der Verbesserungsvorschläge</li><li>29 Neugestaltung/Behebung der Mängel/Defizite</li></ul>	



**Leitziel VII Realisierung von Arbeit/Beschäftigung (VIIb) und Verbesserung der berufliche Integration (VIIc)**

**Teilziele**

- 41 Anzahl der Arbeitsplätze erhöhen
- 41a Steigerung der Vermittlungsrate von MigrantInnen auf Arbeitsplätze
- 42 Anzahl der Ausbildungsplätze in den Ausbildungsbetrieben erhöhen
- 42b Steigerung der Vermittlungsrate von MigrantInnen auf Ausbildungsplätze in Ausbildungsbetrieben
- 43 Notwendigkeit des Erwerbs eines Berufsschulabschlusses erkennen Erreichen eines Schulabschlusses
- 44 Erreichen eines Schulabschlusses
- 45 Förderung innerbetrieblicher MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund zu Ausbilden
- 46 Steigerung der Anzahl der Migrationsbetriebe, die MigrantInnen ausbilden
- 47 MigrantInnen selbst müssen sich den Anforderungen des Arbeitsmarktes stellen
- 48 Nutzen der Mehrsprachigkeit und Mentalität von MigrantInnen

**Leitziel VIII Teilnahmemöglichkeiten (die geboten/bereitgestellt werden) und Teilnahmebereitschaft (die Möglichkeiten zu nutzen) verbessern**

**Teilziele**

- 49 Über die Ansprache in der Muttersprache Teilnahmebereitschaft herstellen
- 50 Personen mit Migrationshintergrund einstellen



## 7.2 Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Workshops

### Workshop Schule/Bildung

Name	Funktion
Herr Schwerdfeger	Schulleiter Grundschule Kirchplatz
Frau Urban	Schulleiterin Grundschule Knetterheide
Frau Ehrentreich	Leiterin Kindertagesstätte der AWO
Frau Runte	Leiterin Städtischer Kindergarten Waldstraße
Herr Detering	Jugendamt
Frau Billerbeck	Schulleiterin Hauptschule Lohfeld
Frau Brauer-Junker	Schulleiterin Realschule Aspe
Frau Hohnemann	Oberstudiendirektorin Rudolph Brandes Gymnasium
Herr Albath	Schulleiter Erich-Kästner-Schule
Frau Arslan-Pehlivan	Sozialamt
Herr Oord	WFU (Wir Für Uns)
Frau Tennie	Bad Salzufler Ratschlag
Frau Dr. Libuda-Köster	FWG
Herr Arabaciv	Islamische Gemeinschaft
Frau John	SPD
Herr Meinardus	CDU
Frau Kindler-Lurz	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Paal	Sozialdezernent
Herr Herrmann	Integrationsbeauftragter





## Workshop Arbeit

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>
Herr an Huef	Bundesagentur für Arbeit
Herr Reuter	Lippe pro Arbeit gGmbH
Herr Jeckel	Netzwerk Lippe gGmbH
Herr Dorn	AWB
Frau Bartols	DGB Paderborn/Lippe/Höxter
Herr Zeich	CDU
Herr Ünlütürk	Betriebsratsvorsitzender
Herr Heuer	Sozialamt
Herr Crustewitz	SPD
Frau Atasayar	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Toppmöller	WFU
Herr Drewes	BAMF
Herr Fischer	Verein für Schule
Frau Spenger	Agentur für Arbeit
Herr Mirbach	Kreishandwerkerschaft



## Workshop Wohnen

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>
Herr Nagel	Wohnbau Lemgo
Herr Dyck	Ravensberger Heimstättengesellschaft mbH
Herr Wehmeier	Haus und Grund e.V.
Herr Knollmann	Mieterbund Ostwestfalen
Frau Neuhaus	Sozialamt
Frau Ridderbusch	Sozialamt
Herr Winkler	Stadtplanungsamt
Herr Reeker	Stadtplanungsamt
Herr Kanne	SPD
Herr Slawinski	SPD
Herr Heuer	Sozialamt
Herr Schlicht	CDU
Herr Kleinebekel	Wohnbau Lemgo
Herr Meinardus	CDU



## Workshop Partizipation

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>
Herr Lorenz	Superintendent Ev. luth. Kirchengemeinde
Herr Gürel	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Aygör	Islamische Gemeinde
Herr Kamo	Kurdisches Kulturhaus
Frau Atasayar	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Frau Tennie	Bad Salzufler Ratschlag
Herr Scherpe	Integrationsbeauftragter der Kirchengemeinden
Herr Wiemann	Pfarrer Ev. luth. Kirchengemeinde
Herr Herrmann	Integrationsbeauftragter
Herr Altinisik	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Tekin	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Celebi	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Schmitz	Stadtmarketing
Frau Schichtel-König	SPD
Herr Meinardus	CDU
Herr Altuntas	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Karabulut	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Gönültas	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Demir	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Frau Dogu	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Frau Tücaroglu	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Frau Ücüncü	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Frau Demir	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Turp	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Frau Yildirim	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Yildirim	Türkisch-Islamischer Kulturverein



Frau Kara	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Frau Tütüncü	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Frau Atasayar	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Frau Rehlef-Pape	Stadtsportbund
Herr Keskin	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Frau Keskin	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Frau Arslan	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Salman	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Canpulat	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Yilmaz	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Karacan	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Arif	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Herr Atasayar	Türkisch-Islamischer Kulturverein
Frau Kindler-Lurz	Gleichstellungsbeauftragte